

Die Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 26. März 1926

Nummer 13

INHALTSVERZEICHNIS

Vollstbegehren und Vollkennzeich	G. D.
Erziehung zur Demokratie und Gemeinfin	Prof. Dr. H. G. Baer
Die Geltendmachung von Unfallschadigungsansprüchen	Kattnat
Berufliche Fortbildung der Landstrafenwärter	S. B.
Lesen, Denken, Handeln	G. Fritz
Was muß der heimische Staatsarbeiter von der Ruhestandsfrage wissen?	G.
Bestiegene Unfallrisiken in den Gas- und Wasserwerken	J. D.
Wilhelm Liebknecht	G. W.
Aus Politik und Volkswirtschaft • Bildungarbeit • Gesetz und Recht • Aus der Spruchpraxis • Aus den Gemeinden • Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Land- strafenwärter • Aus unserer Bewegung • Rundschau	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 35, Schlesische Straße 42 / Telefon: Moritzplatz 3105/06, 110 44

PIROSHIE & Co.
 Alles führt Bolbrös das Qualitätsfahrrad
 Billigste Bezugsquelle für:
 Fahrräder, Fahrradteile, Werkzeuge,
 Sprech- u. Nähmaschinen,
 Bequeme Teilzahlung!

Vergleichen Sie heute noch unsere Neuheiten ca. 80 Seiten mit unseren Taschen-Katalog gratis

Sie sparen müheolos die ganze Sommerreise!!
 Wenn Sie statt teurer Zigaretten und Zigaretten nur **Alko-Picic** rauchen, Preis 1,-, 2,- u. 3,- Mk.
 Versand durch
IBAG G.m.b.H., BERLIN SO. 18
 Auf Wunsch Auswahlsendung unverbindlich



Preuss.-Klassenlotterie
 in Sachsen und Hamburg genehmigt.
 Ziehung 1. Klasse am 16. u. 17. April 1926.
 Hauptgewinn im günstigsten Falle auf ein Doppellos:
Zwei Millionen Reichsmark.
 1000000 200000
 500000 100000
 300000 75000

und sehr viele Mittelgewinne.

Jede Klasse der selben Lospreis:	1/8	1/4	1/2	2/3	Doppellos
	2,-	4,-	8,-	12,-	24,-
					48,- RM.

Porto u. Gewinnliste 30 Pf. extra. Zahlung nach Empfang der Lose. Gewinnschleife Zustellung der Lose und Gewinnlisten.

Steinl. 144
 Elisenstr. 1
A. Bergemann, Berlin-W.,
 Postcheckkonto: Berlin 5067.
 Bayerische Straße 1.

Sprechmaschinen
 monatliche Raten
 von 5.- Mk. an

12 Marken-Schallplatten
 nach ihrer Wahl, 25 cm doppelseitig
 in einem em 4 bzw. zum Originalpreis
 monatliche Raten 8 Mark

Kompl. Radio-Stationen
 zu besonders günstigen Bedingungen

Vertagen Sie kostenlos, illust. Prospekt u. Bedingung.
Deutsche Funkteleon-Vermittlungs-Gesellschaft n. h. H.
 Zentral-Ausstellung:
 Berlin N 42, Ritterstraße 11, Uhlandstraße 27, Unter den Eichen 59.
 Moritzplatz 990, 990, 2991, 991, 2991

Mit bedingungslosem Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen liefern ich überall hin gegen bequeme Wechselraten von nur 1,- an

Handlöhner, Leuten, Gitarren, Violinen etc., Grammophone und Platinen, Membranen, Uhren, Feuersprinkler Apparate etc. Jil. Katalog gratis u. frei.
 Walter H. Hartig, Postfach 664, Berlin S. 42.



Neue Gänsefedern
 Bestens gewaschen, ohne Schmutz und Staub, leichtwiegen u. d. Gans gefüllt, in all. Größen, Plüsch, hochpreisig, 3/8, 1/2, 3/4, 1, 1 1/2, 2, 2 1/2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

IGURD FAHRRÄDER
 DIREKTAS FABRIK AN JEDERMANN
 MAN VERLANGE KATALOG VON DER
 IGURD-FAHRRÄDERGESELLSCHAFT N. H. CASSEL 17



Gele-enheitskäufe
 in einfachen sowie besseren Wohnungsbauarten ungen und Einzelhäuser z. B.
 Ein Speckzimmer (ohne Bad) für N. 395,-
 Ein Schlaf- u. Herzkammer N. 399,-
 Kiel erschützte, Bücherschränke 37,-
 Solo an Umzug

Rheinwein:
 25 l Gau uickelheimer... 22,- M.
 25 l Bodesheimer... 27,50 M.
 25 l Bosenheimer... 27,50 M.
 einw. St. Steuerp. Verp. 1. 8 Wochen Ziel.
A. Kraemer, Weinbau
 Spremlingen 40
 Hof Blagay N. Rh.

Nervasthenie
 Nervenschwäche, Nervenzerrüttung, verbunden mit Schwächen der besten Kräfte. Wie ist dieselbe vom Arzt, Standpunkte aus ohne wertlose Gewaltmittel zu behandeln und zu heilen? Prelege sind, Wern, nach neuesten Erfahrungen bearbeitet. Wertvoller Ratgeber für jeden Mann, ob jung oder alt, ob noch gesund oder schon erkrankt. Gegen Einsendung von 1,- in Briefen an Prof. v. Vering-Estossaus, Genl 26 (Schweiz).

Werkzeuge + Ersatzteile
 für Reparaturen an Uhren und feinmechanische Werke, ferner wertige Uhren zum persönlichen Gebrauch sowie Kontrolluhren usw. beziehen Sie von uns vorrätig / Verlangen Sie Engros-Katalog gratis.
Uhren-Magasin H. Hrell, Magdeburg.

HONIG
 16 Pfd. - Dose 14,20 M.
 8 " " " 7,20 M.
 4 Pfd. Haus Nachnahme
C. Neumann, Leipzig.

Neue Gänsefedern
 billiger, auch unersapen, aus erster Hand. Preis gratis.
Paul Wodrich, Neutrebbitz, Gänsefästerei und Bettfedernreinigung (im Odebruch).

Vertrauen
 ssache ist d. Kauf v. Alpen-Edelbesteck mit u. ohne Silberanlagel
 5 Tage Anschritt liefern wir unsere Ware und gegen 9 Monate Ziel bei 20 jähr. Garantie. Fordern Sie Kostenfreie Offerte, Sie werden reich
 preisw. u. gut bedient. Zahlr. Dank.
H. Haas & Co. Metallwarenfabrik, Weismann 21 Bf.

Gummi Saw, etc. hyg. Artik. Preis a. grat. Pharm. hyg. Industrie Medicus, Heft 8 54, München 25 v.

Heimarbeit vergibt P. Heiter, Brestan Hb.

Sortiments
 Koll in erstklassiger Ware:
 1 Dose Hollands
 1 Dose Bismarckbrot
 2 Dosen Sardinen in Öl
 1 halber Liter Cognac
 1 halber Liter Tafelbier
 zus. ca. 10 Pfd., nur 8 Mk. 8,-45 freiab hier Nachnahme.
H. Krogmann, Koll Bismarck 10 26

MONATLICHE TEILZAHLUNG!
Elegante Herrenkleidung
 fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
 Zufriedenheit, Gummikarte in großer Auswahl, gratis Abdruck; Anfertigung elegantester Damensmoden nach Maß. (P)
Julius Fabian Maßschneider!
 Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage
 Mitglieder: 7, Nr. 91



STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.
KOCH & SBELAND
 Jägerhaus 1894, Gertraudenstraße 20-21, Gasse 100-101

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schleifische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Marienplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Volksbegehren und Volksentscheid.

Das Volksbegehren hat zu einem überaus erfreulichen Resultat geführt. Welt über die notwendigen vier Millionen Stimmen sind die Zahlen für das Volksbegehren angeschwollen. Wenn gleich noch keine endgültigen Ziffern vorliegen, so ist doch feststehend nach ungefähren Schätzungen, daß mindestens 10 bis 12 Millionen das Volksbegehren mit Namen und Adresse unterzeichnet haben. Wenn man sich daran

erinnert, welchen Sturm die Arbeiterschaft seinerzeit gegen das öffentliche Wahlrecht lief, um die geheime Abstimmung zu erzwingen, weil sie den unverfälschten Volkswillen viel stärker und besser zum Ausdruck bringt, so sind die Resultate dieses Volksbegehrens ganz erstaunlich. Die ärgsten Bestimmungen im Lager der Arbeiterschaft haben wieder einmal Unrecht bekommen. Insbesondere muß anerkannt werden, daß diesmal die Stadt Berlin allen anderen weit vorangegangen ist. Mit einer Unterschriftenziffer von 1 584 000 ist ein Rekord gelistet worden, der nicht entfernt geahnt werden konnte. Die Ziffern der sozialistischen und kommunistischen Wähler in Berlin sind um eine halbe Million überholt worden, so daß festzustellen ist, daß weite Kreise der Indifferenten und des Bürgertums sich für das Volksbegehren ausgesprochen haben.

Run müssen wir unsere Kollegen aber darin erinnern, daß dieses Volksbegehren nur eine erste Etappe bedeutet auf dem Wege zum Volksentscheid! Der Reichstag hat jetzt zunächst das Wort. Er wird über Annahme oder Ablehnung des Volksbegehrens entscheiden und seine Haltung kann bei der rechtsgerichteten Zusammensetzung nicht zweifelhaft sein. Das Volksbegehren in der von Sozialisten und Kommunisten vorgelegten Form wird vom Reichstag abgelehnt werden. Es bleibt nur noch die Frage, ob der zurzeit vorliegende Kompromißvorschlag der Demokratischen Partei, der in den Kommissionssitzungen noch verschlechtert sein soll, als Ergebnis der Reichstagsverhandlungen dem

Volke gleichzeitig unterbreitet wird, zum Entscheid oder, ob es der planmäßigen Arbeit der Rechtsparteien gelingt, auch das unmöglich zu machen, indem nur der Gesetzentwurf der Sozialisten und Kommunisten zur Entscheidung gestellt wird. Von dieser taktischen Frage hängt viel ab. Deswegen möchten wir Gewerkschafter für die Uebergangszeit großen Wert darauf legen, daß die Arbeiterabgeordneten des Reichstages eine planmäßige Taktik entfalten, um nicht durch Manöver der rechtsgerichteten Parteien überrumpelt zu werden. Denn

es ist keine Frage, daß für die entschädigungslose Enteignung, wie das im sozialistisch-kommunistischen Entwurf vorliegt, zwar ein erheblicher Teil der Demokraten, der Zentrumstimmen, ja vielleicht sogar von verärgerten rechtsgerichteten Stimmen zu haben sein wird. Ob aber die erforderliche Zahl von 20 Millionen erreicht wird, bleibt immerhin zweifelhaft. Natürlich dürfen wir nicht von vornherein den Mut verlieren, sondern jeder, insbesondere auch die Gewerkschaftern, müssen so agitieren, daß sie sich dieses Ziel vor Augen halten. Andererseits würde u. G. die Situation sich günstiger gestalten, wenn zwei Entwürfe vorhanden sind, damit noch ein Teil der Bürgerlichen zur Abstimmung herankommen, die sich nicht entschließen können, für den sozialistisch-kommunistischen Gesetzentwurf zu stimmen. Theoretisch brauchen dann bei 20 Millionen abgegebenen Stimmen nur etwas über 10 Millionen für unseren Ent-



Wilhelm Liebknecht

(Zum 100. Geburtstag am 29. März 1926)

wurf abgegeben werden. — Es ist gegenwärtig noch nicht klar zu erkennen, welche Taktik die rechtsgerichteten Parteien einschlagen werden; die Wahrscheinlichkeit spricht aber dafür, daß sie das Trägheitsmoment für sich arbeiten lassen wollen, d. h., daß sie für eine Nichtbeteiligung beim Volksentscheid eine planmäßige Propaganda entfalten dürften. Demgegenüber müssen nicht nur die Arbeiterparteien ihre Propaganda auf den engeren Kreis ihrer Mitglieder einstellen, sondern weit darüber hinaus muß eine großzügigere Volkspropaganda entfaltet werden. Wir glauben, daß die fürchter-

liche Krise, der wir noch immer unterliegen, gegenwärtig wohl alle Veranlassung gibt, auch solche Kreise der Kleinbürger zum Erwecken zu bringen, die bislang politischen Dingen gegenüber gleichgültig waren. Wir möchten auch hoffen, daß ein Teil der Intellektuellen, von den Studenten bis zu den Professoren, doch nicht so ganz gleichgültig den fürchterlichen Geschehnissen gegenüberstehen, die infolge der Wirtschaftskrise die weitesten Volksteile in Elend und Not gebracht hat. Auch hier muß eine großzügige Aufklärungspropaganda einsehen, um die moralischen Werte in den Vordergrund zu stellen, damit man erkennen lernt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil des wirtschaftlichen Elends durch die 3½ Milliarden, die den Fürsten zugewiesen werden sollen, gemildert werden kann, wenn diese Summe für sozialpolitische Aufgaben Verwendung findet.

Nun glauben allerdings gegenwärtig die Deutschnationalen sich über die ganze Situation hinwegtäuschen zu können, (insbesondere auch über die beim Volksbegehren so stark in Erscheinung tretende republikanische Gesinnung), indem sie höhnend auf die zerstückelten Verhandlungen von Genf hinweisen. Der Beitritt Deutschlands in den Völkerbund ist sozusagen an einem Formalstomma verzögert worden. Man hat durch den Widerspruch Brasiliens es noch nicht fertig gebracht, Deutschland einen Ratsitz zu gewähren. Die Verhandlungen sind bis September 1928 vertagt. Wenngleich dieses Resultat im Interesse des europäischen Friedens und der Abrüstung recht unerfreulich ist, so dürfen wir auch dabei nicht vergessen, daß der jetzige Völkerbund ja nur die erste Etappe für einen wirklichen europäischen oder auch Weltvölkerbund herstellen soll. Die Diplomaten alter Schule in England, Frankreich und auch Deutschland haben die Schwierigkeiten nicht zu überwinden gewußt, und die Diplomaten neuer Schule von Schweden, Belgien usw. waren nicht stark genug, sich entscheidend Gehör zu verschaffen. Wir zweifeln aber nicht daran, daß nach Locarno der Weg klar vorgezeichnet ist, und daß wir alle Volksschichten, nicht nur

die Arbeitermasse für den Völkerfrieden interessieren müssen, wenn wir ihn einmal erreichen wollen.

Man kann grundsätzlich über den Wert oder Unwert der Friedensdemonstrationen und der Friedenspropaganda im kapitalistischen Zeitalter sehr verschiedener Meinung sein, und doch wird man nicht der moralischen Pflicht enthoben, alles zu tun, was dem Friedensgedanken helfen könnte. Wir glauben also, daß Genf zwar ein verlorener Posten bleibt, daß aber die Anstrengungen nicht erlahmen dürfen, auch auf diesem Wege das Menschenmögliche zu versuchen, um Ab-rüstungen und dem Völkerfrieden die Wege zu ebnen.

In diesem Zusammenhang erscheint uns als allerjüngstlicher Gegner der Völkerfriedensidee die Monarchie! Das Volksbegehren hat bewiesen, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren offenkundig etwas zugeraten hat. Man will sich nicht ferner ängeln lassen vom persönlichen System. Bis in weiteste Kreise des Bürgertums hinein hat sich die Erkenntnis durchgesetzt von der Notwendigkeit der deutschen Republik! Die ehemaligen Fürsten sind unter allen Umständen bei dieser Abstimmung unter die Räder geraten! Es bleibt Aufgabe weiterer Volksaufklärung, daß sie nicht wieder auf den Wagen kommen. Darum möchten wir unsere Kollegen daran erinnern, daß das Volksbegehren nur ein erster Anlauf war. Der Anlauf ist vorzüglich gelungen. Jetzt gilt es, den eigentlichen Kampf aufzunehmen durch Aufklärung in allen Schichten und Kreisen der Bevölkerung. Der Volksentscheid muß 20 Millionen Stimmen aufweisen, wenn er Gesetzkraft erlangen soll und evtl. diesen reaktionären Reichstag wegsetzen kann. Das ist unser Ziel und damit sind die Aufgaben klar gekennzeichnet. Wir möchten schon jetzt den Appell an unsere gesamte Kollegen-schaft richten, mit allen Kräften und unermüdet für den Volksentscheid zu wirken, um die entscheidungslose Entscheidung der Fürstenvormögen auf schnellstem Wege zu ermöglichen und damit für eine bessere Förderung der Sozialpolitik nicht unwesentliche Mittel zu schaffen. E. D.

Erziehung zur Demokratie und Gemeinfinn.

Die Idee des sozialen Volksstaates setzt unbedingt voraus, daß seine Bürger gewillt und befähigt sind zur Selbstbestimmung, Selbstverwaltung und Selbsterziehung, sowie zu sozialem Denken und Handeln. Es ist deshalb eine der pädagogischen Hauptaufgaben, die Jugend schon zum rechten Gebrauch der Freiheit, zur Selbstdisziplin, zur freiwilligen Einordnung in die Gemeinschaft und zu wertvollen Gemeinfinn zu erziehen.

Wie im Staate, so herrschte auch in der Schule bisher das Bevormundungs- und Beaufsichtigungssystem. Die alte Erziehung fand unter dem Zeichen der Herrschaft, sie knechtete den Jüngling, indem sie ihn unter die Herrschaft starrer pädagogischer Dogmen stellte. Man unterdrückte meist den gesunden Drang zur Freiheit, statt ihn frühzeitig zu benutzen und in die richtigen Bahnen zu lenken. Weil sie so verfuhr, wurde die Schule vom Jüngling als etwas Fremdes, ja Feindliches empfunden, deren jegliche Eigenartwunden Einwirkungen er sich möglichst zu entziehen oder gar entgegenzustellen versuchte. Das alte, absolutistische Erziehungsideal ständiger Bevormundung muß nun fallen und dem demokratischen Erziehungsideal freier Selbstbestimmung Platz machen. Denn die Maßnahmen der bisherigen Schulzucht entsprechen nicht mehr den Aufgaben neuer Zeit. Erziehen heißt: Führen zur Selbstständigkeit, hinführen zum rechten Gebrauch der Freiheit. Die wahre Erziehung muß sich schließlich selbst unnötig machen. Damit ergeben sich neue Aufgaben für die Gestaltung der Schulzucht. Das neue Erziehungsideal der freien, selbstverantwortlichen Persönlichkeit verlangt, daß an Stelle des selbstherrlichen Zwanges der absolutistischen Befehlsmethode die Erziehung zur Selbstdisziplin und zur freiwilligen Einordnung in die Gemeinschaft tritt.

Die erzieherische Aufgabe, die der Lehrer bisher in der Schule zu leisten hatte, war vielfach eigentlich ein toter Postendienst. Das alte, auf unbedingter Autorität aufgebaute Schulsystem zwang den Lehrer in die unwürdige Rolle eines Aufpassers, ja Büttels. Seine Autorität war meist auf äußere Macht basiert. Der barocke Kommandant des Kasernenhofes erschoß deshalb auch vielfach im Schulhaus. Der Lehrer hatte den Schülern gegenüber immer recht.

Er war unschulbar, unbedingter Herr seiner Klasse, der von Schülernfragen nicht unterbrochen werden durfte und den Schülermeinungen nichts angingen. Wehe dem Schüler, der sich erlaube, eine eigene Meinung zu haben oder gar der des Lehrers entgegenzutreten! Was Wunder, daß der Lehrer deshalb von der Jugend als der gewürschteste Vorgesetzte, ja, vielfach geradezu als der Feind empfunden wurde, gegen den alle Listen und Schliche im Kleinkrieg der Schule galten. Dadurch entstand eine Atmosphäre ständigen gegenseitigen Mißtrauens, ja hier und da erbitterter Feindschaft, die natürlich eine wahrhafte und fruchtbare Erziehungsarbeit von vornherein unmöglich machte.

Die Grundlage aller wahren Erziehung bildet aber gerade das gegenseitige Vertrauen. Nur der Lehrer wird auf die Jugend einen wirklich erzieherischen Einfluß ausüben können, der das Vertrauen der Jugend genießt. Dieses Vertrauen kann er sich aber nur dadurch erringen, daß er seinen Jünglingen nicht als Vorgesetzter, als Herrscher in der Klasse, sondern als der treue Helfer und verständnisvolle Berater entgegentritt. Erziehen heißt: die Eigenart des Jünglings zu seinem und der Gemeinschaft Wohle entfalten helfen; das kann aber nicht geschehen durch herrschaftliches Bevormunden und mißtrauisches Beaufsichtigen und Herumschmiffeln, durch ständiges Hörgeln und Tadeln oder pändliches Moralpredigen, sondern nur durch liebevolles Eingehen auf die Eigenart des Schülers und durch das Vertrauen auf das Gute in ihm. Wie tiefen schon in dem Aufsatz über den Arbeitsunterricht darauf hin, daß mit dem Übergang von der Memorier- und Wort- zur Arbeits- und Tatkraft sich auch sofort das Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler fundamental ändern würde. In der Arbeitsschule ist der Lehrer eben nicht mehr der unnahbare Vorgesetzte und unbedingte Herrscher der Klasse, sondern frei gewählter Führer und Arbeitskamerad der Jugend. Damit ändert sich selbstverständlich auch die Stellung des Lehrers zu seiner Arbeitsgemeinschaft, zu seiner Klasse. Während er früher seine Anordnungen in völliger Unabhängigkeit von seinen Schülern treffen konnte, muß er jetzt die Willensmeinung seiner Klasse berücksichtigen, kann er nur dann etwas erfolgreich

anordnen, wenn er die Mehrheit für sich hat. Das Kameradschaftsverhältnis der Arbeitsgemeinschaft bringt das notwendigerweise so mit sich. Damit ist aber der entscheidende Schritt zur Demokratisierung der Schuldisziplin getan. Das Handeln und Verhalten wird jetzt dem Schüler nicht mehr anbefohlen und genau vorgeschrieben, sondern erwächst organisch aus den Formen seiner Betätigung und den Bedürfnissen seines Lebens und seiner Arbeitsgemeinschaft. Die Klasse ist nicht mehr wie bisher lediglich Objekt der Schulzucht. Die Schülerschaft entscheidet über ihr Tun selbst und nimmt damit ihr Schicksal in die eigene Hand. So kann also schon in der Schule eine planmäßige Erziehung zur Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, das heißt also, zur Demokratie stattfinden. Eine schablonenhafte Nachahmung der herkömmlichen staatlichen Verwaltung und Regierung durch die Schule ist dazu nicht vorhanden. Die Anbahnung einer Selbsterziehung, die Erwerbung der Fähigkeit, unter eigener Verantwortung sich das Leben zu gestalten, ist das wichtigste, der Kerngedanke der Schulgemeinde. Welche spezielle Form sie in jedem einzelnen Falle annimmt, das wird von allerlei äußeren Umständen abhängen. Die Hauptsache ist nur, daß sie auch wirklich etwas organisch Gewachsenes, ein sozialer Organismus, nicht etwa von außen Aufgepfropftes ist.

Wir wollen aber die Jugend nicht nur zum richtigen Gebrauch der Freiheit, sondern auch zu wertvollem Gemeinsein, zur Arbeit im Dienste der Gemeinschaft erziehen, und auch dazu ist die Schulgemeinde die geeignetste Institution. Sie ist ja nichts anderes als eine konsequente Fortbildung des schon im Begriff der „Klasse“ liegenden Charakters einer Gemeinschaft. Durch die Schulgemeinde soll diese Gemeinschaft systematisch für die Erziehung zu sozialem Denken und Handeln nutzbar gemacht werden. Damit nämlich soziale Gesinnung entsteht, ein ständiger Charakter sich bilden kann, muß Gelegenheit zu praktisch-sozialer Betätigung da sein. Die ist aber nicht gegeben in der Vereinzelung eines intellektualistischen Unterrichts, wie ihn die heutige Schule betreibt, sondern nur in einem

vielfältigen, lebendigen Gemeinschaftsleben. Deshalb ist die Erweiterung der Arbeitsgemeinschaft zur Schulgemeinde auch eine notwendige Forderung sozial-ethischer Erziehung. Die Schulgemeinde allein gibt Gelegenheit, alle sozialen Triebe in Tätigkeit zu setzen. Sie allein fördert beim Jüngling auch die Erkenntnis, daß die Menschen in mannigfacher Beziehung und Abhängigkeit zueinander stehen, eine große Einheit bilden, und daß der einzelne deshalb nicht nach seinem Belieben handeln darf, weil sein Tun und Lassen für das Wohl und Wehe seiner Mitmenschen von Bedeutung ist. Das egoistische und vielfach ein ekles Strebertum züchtende System der alten Schule wird in der Schulgemeinde durch das altruistische ersetzt.

Während früher die Schule den Eigennutz und die Selbstsucht durch das Verbot gegenseitiger Hilfe, die so geradezu als ein Verbrechen galt, beinahe systematisch züchtete, wird in den Arbeitsgemeinschaften und sonstigen Einrichtungen der Schulgemeinde der soziale Instinkt gegenseitiger Hilfe zu vertieftem Solidaritätsgefühl, zu freudiger Einordnung in die soziale Organisation, zu gegenseitigem Vertrauen und Sich-gelien-lassen, kurz, zu bewußtem sozialen Denken und Handeln sich organisch entwickeln.

Das Leben in der Schulgemeinde ist so zugleich die fruchtbarste und lebendigste Form volksbürgerlicher Erziehung; denn nur was den ganzen Menschen packt, wirkt nachhaltig auf sein Verhalten, nicht aber eine ganz einseitig intellektuelle Betätigung, wie sie im sozialbürgerlichen Schulunterricht versucht worden ist. Es ist ferner auch in der Hinsicht ein außerordentlich wichtiges Erziehungsmittel, daß es die Entfaltung jenes von der alten Schule geradezu systematisch geschädigten völlig unpolitischen Typs des Intellektuellen verhindert wird, der sich vom öffentlichen Leben gänzlich zurückziehen und lediglich seinen persönlichen Anlagen und Neigungen widmen zu dürfen, und der dadurch zweifellos die Entgeißelung der Politik und unseres ganzen öffentlichen Lebens stark mitverschuldet hat.

Professor Dr. H. Baer.

Die Geltendmachung von Unfallentschädigungsansprüchen.

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung hat den Zweck, den verletzten Arbeitern bei Eintritt eines Unfalls die erforderliche Heilbehandlung zu gewähren, ihre Erwerbsfähigkeit wieder herzustellen und — soweit das nicht geschehen kann — sie für den als Folge des Unfalls eingetretenen Verlust an Erwerbsfähigkeit zu entschädigen. Diese Entschädigung wird als Unfallrente bezeichnet. Hat der Unfall den Tod des Verletzten zur Folge, so treten an seine Stelle die unterstützungsberechtigten Hinterbliebenen, die neben dem ordnungsmäßigen Sterbegeld eine Hinterbliebenenrente zu beanspruchen haben. Die entfallenden Leistungen sind von Amts wegen festzusetzen. Wo das nicht geschieht, bedarf es eines besonderen Antrags bei dem zuständigen Versicherungsträger, der für den Betrieb, in dem sich der Unfall ereignete, maßgebenden Berufsgenossenschaft. Eine Entschädigung für Unfallverletzungen tritt nur ein, soweit sie als Folge von Betriebsunfällen oder tiefen gleichgestellten körperlichen Schädigungen anzusehen sind.

Um die für die Entschädigung der Unfallfolgen erforderlichen amtlichen Feststellungen rechtzeitig vorzunehmen und die Durchführung des Entschädigungsverfahrens zu beschleunigen, ist der Betriebsunternehmer verpflichtet, jeden Unfall in seinem Betrieb anzugehen, wenn dadurch ein im Betrieb Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Die Anzeige soll binnen drei Tagen erfolgen, nachdem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntnis erhalten hat. Es liegt im Interesse des Verletzten, daß jeder Unfall zur Anzeige gebracht wird, und zwar selbst dann, wenn voraussichtlich keine Entschädigungsfestsetzung erforderlich ist. Die Anzeige bedeutet für ihn eine gewisse Sicherung für solche Fälle, wo die Folgen des Unfalls erst später bemerkbar werden und es ohne die vorangegangene Anzeige sehr schwer wäre, die Unfallursache festzustellen. Aus diesem Grunde ist der Versicherte berechtigt, die Unfallanzeige selbst vorzunehmen. Ist ein Verletzter durch Unfall getötet oder dergestalt verletzt worden, daß die Festsetzung einer Entschädigung angenommen werden kann, so hat die Dreipolizeibehörde so bald als möglich eine Untersuchung vorzunehmen. Nimmt sie davon Abstand, so kann der Verletzte oder seine entschädigungsberechtigten Angehörigen die Untersuchung beantragen. Bei den Unfalluntersuchungen ist ein von der Betriebsrat bestimmtes Mitglied oder der Betriebsobmann anzugehen. Sobald die Untersuchung abgeschlossen ist, hat die Dreipolizeibehörde das Ergebnis dem zuständigen Versicherungsträger mitzuteilen, der das für das Heilverfahren und die Entschädigungsfestsetzung Erforderliche veranlaßt.

Das zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit der Verletzten notwendige Heilverfahren wird im allgemeinen ohne weiteres von den Krankenkassen übernommen. Das hindert nicht, daß entgegen dem früheren Zustand, wo die Berufsgenossenschaften lediglich freiwillig die Heilfürsorge übernehmen konnten, sie jetzt für dessen Durchführung verantwortlich sind. Ihnen liegt die Verpflichtung ob, von dem Unfall an die erforderliche Heilfürsorge zu leisten. Sie können diese lediglich den Krankenkassen übertragen. Das geschieht in der Regel auch dann, wenn der Verletzte keiner Krankenkasse angehört. Dagegen sind die Krankenkassen verpflichtet, jede Krankheit eines gegen Unfall Versicherten dem Träger der Unfallversicherung sofort anzuzeigen, sobald ein Anhalt dafür vorliegt, daß die Krankheit durch einen Unfall herbeigeführt ist, den die Unfallversicherung umfaßt. Diese Vorschrift ist besonders für solche Fälle wichtig, wo, wie z. B. bei Berufskrankheiten, die Ursache der Erwerbsunfähigkeit bei Einleitung der Heilfürsorge zweifelhaft war und deshalb eine Unfallanzeige unterblieb.

Während der Heilbehandlung durch die Krankenkasse neben dem Verletzten nur die fahungsmäßigen Kostentragungen zu. Auch wenn die Berufsgenossenschaft die Heilfürsorge selbst durchführt, kann sie bis zum Ablauf der 26. Woche nach dem Unfall statt der Rente eine Krankengeld gewähren. Ist die Heilfürsorge beendet, so muß sie dagegen eine Rente festsetzen, deren Höhe nach dem Jahresarbeitsverdienst und dem Umfang der als Unfallfolge festgestellten Erwerbsunfähigkeit des Verletzten berechnet wird. Für Bezüge, deren Erwerbsunfähigkeit nicht über die 18. Woche hinaus andauert, oder die nicht mindestens um 10 Proz. in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt sind, wird keine Rente festgesetzt.

In den normal verlaufenden Fällen und bei Anerkennung einer nach Ablauf der 18. Woche noch vorhandenen Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit erfolgt die Rentenfestsetzung ohne weiteres. Findet sie nicht statt, weil die Unfallanzeige unterblieb oder sonst ein Versehen vorliegt, so bedarf es nur eines dahingehenden Antrags bei der Berufsgenossenschaft, um das Rentenfestsetzungsverfahren einzuleiten. Ueber die erstellte Rentenfestsetzung erhält der Verletzte einen schriftlichen Bescheid, in dem ihm die Höhe der Rente sowie die Grundlagen ihrer Berechnung mitgeteilt werden. Dergleichen erhält er einen Bescheid, wenn die Berufsgenossenschaft die Festsetzung einer Rente ablehnt, weil nach ihrer Ansicht die Voraussetzungen für die Gewährung einer Rente nicht gegeben sind. Die Gründe für eine Ablehnung können entweder darin bestehen, daß die Berufsgenossenschaft das Vorliegen eines entschädigungsplücht-

gen Unfalls oder den Zusammenhang der bestehenden Erwerbsunfähigkeit mit dem Unfall bestreitet oder aber die völlige Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit des Verletzten annimmt.

Die genaue Prüfung des Urteils ist für den Verletzten außerordentlich wichtig. Insbesondere hat er bei der Rentenfestsetzung darauf zu achten, daß die Rentenberechnung sowie die Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes richtig ist und die Schätzung seiner Erwerbsunfähigkeit den Verhältnissen entspricht. Hat der Verletzte gegen den ihm zugestellten Bescheid nichts einzuwenden, so empfiehlt es sich für ihn zur Bescheinigung der Rentenanzahlung, der Berufsgenossenschaft sein Einverständnis mitzuteilen. Ist er mit der Rentenfestsetzung oder Ablehnung seines Rentenanspruchs nicht einverstanden, muß er dagegen innerhalb eines Monats, nachdem die Zustellung erfolgte, bei dem für seinen Wohnort zuständigen Oberversicherungsamt Berufung einlegen. Versäumt er die obgegebene Berufungsfrist, so wird der Bescheid rechtskräftig und gibt es in der Regel kein Mittel, ihn zur Aufhebung zu bringen. Das Oberversicherungsamt entscheidet in beschränktem Umfang endgültig; für gewisse Fälle, insbesondere aber für die Ablehnung oder Festsetzung einer Rente ist gegen seine Entscheidung Rekurs zum Reichsversicherungsamt als höchste und letzte Instanz in Unfallsachen zu-

lässig. Die Rekursfrist ist die gleiche wie bei der Berufung. Von wesentlicher Bedeutung für Unfallverletzte ist die Vorschrift, daß wenn in den für die Feststellung der Entschädigung maßgebenden Verhältnissen eine wesentliche Veränderung eintritt, eine neue Feststellung getroffen werden kann. Als wesentlich gilt jede Veränderung, die eine Erhöhung oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 10 Proz. verursacht. Je nachdem kann also eine Erhöhung oder Herabsetzung der Rente erfolgen. Nimmt die Berufsgenossenschaft eine Herabsetzung vor, so hat sie dem Verletzten einen entsprechenden Bescheid zuzustellen, gegen den Berufung erhoben werden kann. Will der Verletzte wegen eingetretener Verschlechterung seines Zustandes eine Erhöhung der Rente, so muß er diese bei der Berufsgenossenschaft mündlich oder schriftlich beantragen, wozu sie durch Bescheid Stellung zu nehmen hat. Letztlich ihr Bescheid ablehnend, so findet ebenfalls die Berufung Anwendung. In den ersten zwei Jahren nach dem Unfall kann wegen solcher Veränderungen im Zustand des Verletzten jederzeit eine neue Rentenfestsetzung vorgenommen oder beantragt werden. Erst nach Ablauf dieser Frist oder wenn rechtskräftig eine Dauerrente festgestellt wurde, ist eine Neu festsetzung nur in Zeiträumen von mindestens einem Jahre zulässig. Rattutat.

Berufliche Fortbildung der Landstraßenwärter.

Die Entwicklung der modernen Kraft-, Last- und Verkehrsfahrzeuge auf den Landstraßen wird immer größer. Ein besonderer Aufschwung hat sich in den letzten 5 Jahren vollzogen. Das leichte Fuhr- und Verkehrsweesen aller Art ist zum großen Teile verdrängt worden. Schwere moderne Dampf- und Motorkraftfahrzeuge zur Beförderung von Lasten sowie Personen beherrschen die Landstraßen und verursachen eine starke Abnutzung derselben. Der Straßenunterbau als auch die Flächen entsprechen dem immer mehr zunehmenden schweren maschinellen Verkehr in den meisten Fällen nicht mehr. Einer Unterbindung der modernen technischen Entwicklung im Verkehrsweesen insoweit unzureichender Verkehrsstraßen muß unter allen Umständen vorgebeugt werden. Es ist Sorge dafür zu tragen, daß jeder technische Fortschritt auch auf der Landstraße seinen freien Lauf finden kann. Aufgabe der verantwortlichen, öffentlich-rechtlichen Organe muß sein, allen Anforderungen des Verkehrs gerecht zu werden. An den hierfür eingesetzten amtlichen Stellen ist man sich der Verantwortung auch voll bewußt und eifrig bemüht, die während des Krieges und nicht zuletzt während der Inflationszeit stark gelittenen Landstraßen auszubauen und dem Verkehr anzupassen. Leider finden sie nicht immer und überall das volle Verständnis hierfür. Die Erfüllung ihrer Aufgaben ist abhängig von den zur Verfügung stehenden Mitteln; werden diese vorenthalten, leidet der Verkehr und doppelte Ausgaben werden die spätere Folge sein. Trotz aller Schwierigkeiten ist man bestrebt, dem Juge der Zeit Rechnung zu tragen.

Aus diesem Grunde sind auch vielerorts Versuche mit verschiedenartigen Pflasterungen und Mischungen zu Studienzwecken ausgeführt worden. In dem Freistaat Braunschweig ist eine Berufsstraße neu angelegt worden, die in Deutschland kaum ihresgleichen findet. Man will die Haltbarkeit des Materials (Steine und Mischungen) gründlich erproben und später dem Zweck entsprechend verwenden.

Welche Bedeutung dem Straßenbau beigemessen wird, erkennen wir ferner aus Vorträgen und Reinigungsaustausch der Straßenbauaufwärtner; z. B. hielt vor einiger Zeit Prof. Dr. Reumann von der Technischen Hochschule in Braunschweig einen bedeutungsvollen Vortrag im Architektenverein zu Berlin über: „Land- und Stadtstraßenbau in den Vereinigten Staaten.“ Der Vortragende, der zu Studienzwecken in Amerika war, behandelte seinen hoch interessierenden Vortrag an der Hand reichen Materials. Besonders behandelte er den Straßenbau der Städte New York, Philadelphia, Pittsburg, Chicago, Boston usw.

Aus diesen und anderen Vorträgen ergibt sich, daß an der Herstellung, besonders der Landstraßen, an Stelle der Handarbeit technische Hilfsmittel, besonders zu diesem Zwecke konstruierte Maschinen zum Aufbruch der alten Decken und Neuschüttungen usw., wie sie im Ausland seit Jahren Verwendung finden, in absehbarer Zeit auch in Deutschland zur Einführung gelangen werden.

Wie dieser sich immer mehr vollziehenden modernen Umstellung im Verkehr und der Straßenherstellung werden auch die Ansprüche an die berufliche Tätigkeit der Straßenwärter naturgemäß immer größer. War er in den früheren Jahrzehnten der Wärtler der Landstraße, so ist er im Laufe der Zeit nahezu zum berufsmäßigen Straßenbauer infolge der Regiearbeit geworden. Nicht zuletzt er-

fordert seine Tätigkeit umfangreiche Erfahrungen und Kenntnisse in der Baumpflege und Baumkultur, um die einzige Einnahmequelle für Obst an der Landstraße nach Möglichkeit im Ertrag zu heben.

In der richtigen und frühzeitigen Erkenntnis der Entwicklung sind die einheitlich im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten Straßenwärter nicht untätig geblieben. Auf mehreren Konferenzen wurde die berufliche Tätigkeit durch besonders geeignete Referenten mit reichlichem Material eingehend behandelt.

Für den Freistaat Anhalt fand am 14. Februar 1926 eine berufliche Bildungskonferenz der gesamten beschäftigten Straßenwärter, an der die Behördenvertreter nahezu reiflos teilnahmen, in Cöthen statt. In einer eindrucksvollen Begrüßungsrede wies Herr Kreisdirektor v. Brun auf die Bedeutung des modernen Straßenbaues, den ungeheuren auf den Straßen zu bewältigenden Verkehr und die sonstigen beruflichen Aufgaben der Straßenwärter hin. Das Zustandekommen der Konferenz sei auf Anregung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter erfolgt. Er begrüßte es besonders, daß der Verband bestrebt sei, für die berufliche Fortbildung seiner Mitglieder zu sorgen. Herr Dr. Leue wünschte der Tagung besten Erfolg.

Gauleiter Backendorf wies auf die programmmäßige Fortbildung der einzelnen Berufsarten hin. Besonders für die Straßenwärter müsse alles getan werden, was zur Hebung der beruflichen Tätigkeit beitrage, weil das im Interesse des Gemeinwohls und der Straßenwärter selbst liege. Den beruflichen Ansprüchen und Leistungen entsprechend müsse ein im gegenseitigen Vertrauen aufgebautes Lohn- und Tarifrecht mit den erforderlichen Sozialfürsorgebestimmungen den Straßenwärtlern gewährleistet sein. Dann sprachen Herr Kreisbaumeister Lembke-Dessau über den neuzeitlichen Straßenbau und Pflanzungen, Herr Obergarteninspektor Strube-Cöthen über Erneuerung und Ergänzung der Obstsortimente an den Kreisstraßen und Wirtschaftswegen und Herr Kreisinspektor Senff-Cöthen über Straßenpolizei in Anhalt. Die Vorträge fanden bei den Straßenwärtlern großen Beifall. Viele wertvolle Anregungen wurden gegeben, die die Straßenwärter im Dienste praktisch verwenden können, die letzten Endes sich zum Gemeinwohl auswirken werden.

Mit welchem Interesse die Kollegen des Kollegen Straßenwärter ihr Wissen vervollkommen und den Beruf zu heben suchen, beweist, daß trotz der weiten Strecken der einzelnen Bauämter der große Trostsaal in Cöthen bis auf den letzten Platz gefüllt war.

Es ist Aufgabe der Organisation, allen diesen Wünschen der Straßenwärter, die im Juge der Zeit liegen, Rechnung zu tragen. Es steht mit aller Bestimmtheit zu erwarten, daß die im Frühsommer vorgenommene große mitteldeutsche Straßenwärterkonferenz unter den in Deutschland beschäftigten, mehr als 50 000 Straßenwärtlern ein weitgehendes Echo finden wird. In der Bildung und im Wissen der Mitglieder liegt die Kraft der Organisation, in der Organisation der Aufbau und Fortschritt.

L. W.

Wer in die Öffentlichkeit tritt, hat keine Rücksicht zu erwarten und keine zu fordern. Marie v. Ebner-Eschenbach.

Lesen, Denken, Handeln.

Wer war nicht schon lange von Organen unter den Kollegen untereinander, die in einer Form ausgetragen wurden, die durchaus nicht zweckdienlich ist, und den Beteiligten und unserer Sache nur schädlich sein kann. Beispiele: Ein Kollege ist gezwungen, ein Grund seiner Stellung und das Verhalten eines anderen demselben zurechnen zu lassen. Der glaubt sich zu Unrecht angegriffen, springt vom Schreibtisch der Handlung ab und glaubt in der Organisation mit einem solchen Kollegen nicht mehr zusammenbleiben zu können. Ein anderer muß als Vorreiter gegen einen Kollegen einschreiten. Deshalb unvorsichtige Feindschaft des letzteren, die ihm selber nichts nützt, das Ansehen und die innere Qualität herabzusetzen und die tägliche Arbeit zum Zerger werden läßt. Ist es nicht lächerlich, sich selbst zu bekämpfen, was langsam, schadenhaft und schließlich, die Feinde suchen, und mit alle Hände voll zu tun haben in der Arbeit. Wie furchtig ist doch der Kollege, der glaubt, was Zerger über den anderen der Organisation den Rücken kehren zu müssen. Damit schadet jeder nur sich selbst und entzieht sich den Boden zum Aufstieg und zur Fortschrittstätigkeit. Wie notwendig ist in dieser Hinsicht Erziehungsarbeit. Geschlossenheit tut uns viel, Geschlossenheit ist die Grundlage zum Kampf und Sieg. In der Einigkeit liegt unsere Kraft. Alles Persönliche muß aber auch ausgeschaltet werden, wenn wir uns den Blick aufs Ganze nicht trüben lassen wollen. Im starren Stolz etwas erreichen wollen, ist nicht gut, denn anderen auch etwas nachgeben, versuchen die Routine seiner Handlung zu ergreifen, es liegt oft ein guter Kern in ihnen, der verwahrt wird. Wir müssen uns auch gegenseitig einander näher kommen. Es ist kein Wunsch gleich, jeder reagiert auf die Vorgänge seiner Umgebung wieder anders. Dann muß man aber auch die persönlichen und beruflichen Verhältnisse in Betracht ziehen, sie sind oft die Ursache der Handlungsweise des einzelnen. Mehr „Wollen“ zum Besten des anderen überbrückt von voreherein manchen Gegenstand. Vorkommen aber keine Feindschaft und gegenseitige Abneigung groß werden lassen, je länger ein herrschender Zustand dauert, desto schwerer findet man sich in die alten Verhältnisse zurück. Gerade als Sozialisten, als freie Gewerkschafter soll man nur den Indifferenten, den Andersdenkenden mit guten Beispielen vorangehen. Durch unser Benehmen, unser Verhalten gegenseitig müssen wir ihnen zeigen, daß wir es ernst meinen, daß wir in einer geschlossenen Einheit auf einen Ziel zu streben und uns selbst vorwärts drängen wollen. Wir müssen im anderen den Kameraden, den Menschen sehen, der sich für ein freundschaftlich Zweck tauglich erwacht. Wo man zu ein Familienmitglied bei gegebener Gelegenheit, ein gelegentlicher Besuch der Kollegen mit Familien untereinander, bringt uns einander näher. Die Verbindung wird fester, die Frauen gewinnen mehr Interesse an den Arbeiten und Kämpfen der Männer. Ihr Geschäftstreuen vergrößert sich, gewiß nicht zum Schaden unserer Gesamtbewegung. Aber noch ist etwas anderes hervorzuheben zu tun.

Ich habe schon manchmal die Erfahrung machen müssen, daß der oder jener Kollege gleich, durch die Jugendlichkeit zur Organisation einen Irrsinn für alles mögliche zu besitzen. Dem ist grundsätzlich nicht so. Die Gewerkschaften sind dazu da, um die wirtschaftlichen

und sozialen Verhältnisse ihrer Mitglieder zu verbessern und ihnen bei der Abwehr ihrer Belange mit Rat und Tat beizustehen. Jedes Mitglied hat die Möglichkeit, die Aktivität seiner Gewerkschaft zu erhöhen, im Zusammenhang damit ist es notwendig, daß der organisierte Arbeiter und Braune in der Ausübung seines Berufs auch pünktlicher, besser und zuverlässiger ist als der Nichtorganisierte. Das gilt nicht nur für den Handwerker, auch der Ungelernte leistet Beständiges bei der gewissenhaften Ausübung der ihm übertragenen Arbeiten. So zwingen wir den Arbeitgeber die Achtung vor uns zu erhöhen dadurch die Schlagkraft unserer Gewerkschaften.

Beil wir aber gerade das letztere tun wollen, tun müssen, haben wir die Pflicht noch weiter zu forschen, was uns dazu nützlich sein kann. Als selbstverständlich erscheint mir, daß jeder Kollege „eine Zeitung“, die Arbeiterpresse liest und anderwärts. Es ist ein Unabdingbar, Stimulans gegen die kapitalistische Wirtschaft, wenn wir sie durch das Lesen der sozialistischen Zeitungen unterstützen. Die allgemeine Bildung der Kollegen liegt sehr am Herzen, wenn wir es können für möglich halten, daß es sogar viele Beamte gibt, die wohl schon „ab und zu“ etwas von einer Reichsverfassung gehört oder gelesen haben, im übrigen aber von ihr, die doch das Fundament der Republik ist, nichts wissen. Eine Ausgabe von 20 Pf. genügt, um sie sich zu eigen zu machen. Auch über den Aufbau der Gewerkschaften, die verschiedenen Richtungen und ihr Verhältnis zueinander, sollte jeder Kollege etwas Bescheid wissen. Unser Verbandsvorstand hatte einen glücklichen Gedanken, als er die „Schriften zur Ausklärung und Weiterbildung“ schuf. Sie ermöglichen es jedem Kollegen seine Kenntnisse für wenige Pfennige zu bereichern und können zur besten Empfehlung werden. Andere, gut ausgebildeten Verbandszeitungen über sollten jedes Mitglied vorlesen, diese gründlich und mit Bedacht zu lesen. In ihnen spiegelt sich das ganze Verbandsleben wieder, sie bieten Stoff zur Agitation in Fülle, zeigen was wir tun und wollen die allgemeine Bildung der Kollegen auf ein höheres Niveau heben.

Wenn wir das Geseigte überdenken und danach handeln, wird es sicher unser Verbandsleben bereichern, die Solidarität härten und uns in unseren Kämpfen einen kräftigen Schritt vorwärts verhelfen.
G. Frick - Stuttgart.

Was muß der fremdsprachige Cinnaisarbeiter von der Ruheohnlohnfrage wissen?

Das im Jahre 1904 von der Bürgerwehr beschlossene Gesetz betreffend die Ruheohnlohnfrage der im Reichsgebiet lebenden beschäftigten Arbeiter, hat nachstehende Abänderungen erfahren. Während der Inkraftsetzung dieses Gesetzes der Ruheohnlohnfrage und wurde nach Einsetzung der hiesigen Arbeiterkammer Ende des Jahres 1923 mit dem Neuaufbau der Ruheohnlohnfrage begonnen. Die Bürgerwehr und der Senat beschloßen das Gesetz in abgeänderten Bestimmungen mit Wirkung vom 1. April 1924 an, das in demselben Jahre oder nachmalige Bestimmungen enthält, mit Wirkung vom 1. Oktober 1924.

Wilhelm Liebknecht.

Am 22. März 1866 feierte das republikanische Deutschland den 20. Todestag Friedrich Liebknechts, des Kampfes der Revolution. Am 22. März wird das Kaiserreich durch den Reichstag des Abgeordneten des Abgeordneten Wilhelm Liebknecht, seines bedeutendsten Führers und Kämpfers, nach dem Tod und schließlich seinen. Bei Liebknecht mit seiner Tatkraft gewissermaßen der Revolution des Germanismus gebildet, so ist Wilhelm Liebknecht im Laufe dieser Arbeit in Reich und Welt geschritten. Er wurde sich selbst den Soldaten der Revolution, denn er hat 1848 mit an ihren Kämpfen in Baden teilgenommen. Insbesondere fand er bei Karl dem Königen von Preußen (späteren Kaiser Wilhelm I.) gegenüber, der sich hier den kühnen Ruheohnlohn „Kampfschrei“ erhob.

Liebknecht kam aus einer alten Gutsbesitzer- und Bauernfamilie, die mit ihrem Stammbaum bis auf Maria Theresia zurückreicht. Seine Kindheit fiel in die Zeit finsterner Reaktion. Als er am 22. März 1826 in Weßmar geboren wurde, war der Kampf der Befreiungskriege längst verflungen. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. dachte gar nicht daran, sein Wort, dem Walle eine Verfassung zu geben, einzulösen, wie es ja überhaupt zur Moral der preussischen Könige gehört, ihr Wort zu brechen. Der finstere Geist des allgewaltigen preussischen Staatskanzlers Metternich arbeitete insbesondere nach den Karlsbader Beschlüssen in ganz

Deutschland seine Lehren. Jedes öffentliche Institut wurde sofort brutal zerstört, die christlichen Kirchen, die sich für die Errichtung eines freisinnigen Deutschen Reiches unter der alten schwarzweißen Fahne einsetzten, wie der Turnvater Jahn, der begeisterte Sänger Ernst Moritz Arndt, der patriotisch ganz harnische Friedrich Hecker und andere wurden jetzt in die düstersten Kerker geworfen mit einer schändlichen Behandlung ihres Lebens „von Nichts wegen“ hatten schon Soldaten ausgesetzt.

So erging es auch dem jungen Wilhelm Liebknecht. Dieser war Anfang der dreißiger Jahre an den hiesigen Freiheitskämpfen beteiligt. 1835 wurde er in Detmold wegen Beteiligung an revolutionären Schritten verurteilt. Im darauffolgenden Jahr erhielt er in dem Dantonschloß Genua als Untergrundführer einen Folterrecht besser Oble. In weiteren Jahren, bis sich bis zu den infamsten Prügeln schickte, hat er Weidigs geistige Kraft gebrochen, bis sich dieser 1837 mit einem Maschinisten der Potsdamer Eisenbahn durchschlug. Es ist wohl nicht genau festzustellen, ob er sich dabei schickte. Wenigstens behauptet Kurt Eisner im Gegensatz zu anderen, daß Weidig schließlich von einem hängenden Würfel in der Kerkertiefe umgebracht worden sei.

Auf den elbischen Liebknecht machte diese Tragödie einen ungeheuren Eindruck. Er sagte später selbst: „Weidigs tragisches Schicksal hat wesentlich die Richtung meines Lebens bestimmt.“ Mit 16 Jahren bezog Liebknecht die Universitäts. Er soll die Beamtenschaft einschlagen, reist aber mehr zum Pädagogen und

Das nun in dieser Form bestehende Gesetz ist im Wortlaut den Staatsarbeitern wenig oder gar nicht bekannt, in den einzelnen Betrieben oder auf den Arbeitsplätzen nicht ausgelegt, aber auch nicht mehr im Druck beim Verleger zu erhalten. Es soll deshalb auf die wichtigsten Bestimmungen der Ruhelohntafel hingewiesen werden.

Versicherungspflichtig sind alle Personen, die von dem bremischen Staat oder der Stadtgemeinde Bremen oder einer von dem Staat oder der Stadtgemeinde Bremen verwalteten Anstalt gegen Gehalt oder Lohn unmittelbar beschäftigt werden, sofern sie:

1. auf Grund dieser Beschäftigung der reichsgesetzlichen Invalidenversicherung unterliegen,
2. bei ihrem Eintritt in die Beschäftigung das 50. Lebensjahr noch nicht vollendet und
3. eine Arbeitszeit von 13 Wochen nach dem Eintritt in die Beschäftigung zurückgelegt haben.

Die Karenzzeit muß eine ununterbrochene sein, kann aber bei mehreren Behörden zurückgelegt werden.

Demnach sind Vollbeschäftigte, stundenweise Beschäftigte, Lehrlinge und auch vorübergehend Beschäftigte, soweit sie den obigen Bestimmungen unterliegen, in der Ruhelohntafel versicherungspflichtig. Gegenstand der Versicherung ist die Gewährung eines Ruhelohnes.

Voraussetzung zur Erlangung eines Anspruches auf Ruhelohn ist:

1. die dauernde Erwerbsunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres,
2. die Zurücklegung der Wartezeit,
3. die Leistungen von Beiträgen.

Was als dauernde Erwerbsunfähigkeit anzunehmen ist, wird im Gesetz näher erläutert. Für Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben und noch in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, entsteht der Anspruch auf Ruhelohn erst mit dem Ausscheiden aus dieser Beschäftigung.

Die Wartezeit beträgt:

1. wenn mindestens für 100 Wochen Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind, 250 Beitragswochen;
2. wenn für weniger als 100, aber mindestens 50 Wochen Beiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet worden sind, 500 Beitragswochen.

Die Aufbringung der Mittel für die Leistungen der Ruhelohntafel geschieht im Umlageverfahren von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern je zur Hälfte. Dabei darf der Anteil der Arbeiter 14 v. H. ihres jeweiligen Lohnes nicht übersteigen. Etwaige Mehrbeträge hat der Arbeitgeber zu decken. Der Beitrag wird bemessen nach der Zahl der Versicherten und der Höhe der Renteleistungen und wird vierteljährlich festgesetzt. Freiwillig Versicherte zahlen den Umlagebeitrag in voller Höhe.

Die Beitragsleistung ist für jedes Kalendervierteljahr zu entrichten, in welchem der Versicherte nach Ablauf der Karenzzeit mindestens acht Wochen lang in einem die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnis gestanden oder die Versicherung freiwillig fortgesetzt hat. Der Beitrag umfaßt 13 Beitragswochen.

Krankheitswochen von über 5 Wochen bis 26 Wochen Dauer gelten als Beitragszeit, ohne daß Beiträge entrichtet werden brauchen, soweit Erwerbsunfähigkeit vorliegt und kein Lohn oder Gehalt bezogen wird.

Pädagoge ist er auch sein Lebtag als Lehrer des Sozialismus der Arbeiterklasse neben seinem revolutionären Latendrange geblieben. Frühzeitig las er schon die Schriften St. Simons, schrieb als Jüngling aufreißerische Verse und die Sichener Polizei beschuldigt ihn als Verfasser revolutionärer Dramen. Bald vertauscht er Sichten mit Berlin. Hier hört er fast alles, was dogmiert wird. Vor allem vergißt er nicht einen Kreis gleichgesinnter Studenten um sich zu sammeln, mit denen und anderen er abends über Sozialismus diskutiert. Im März 1846 wird er aus Berlin ausgewiesen. Er geht nach Österreich. Doch auch von dort bringt ihn die Polizei wieder über die Grenze. In Sieben wieder angekommen, scheidet sein Vorhaben, sich als Privatdozent zu ernähren, an der Stüdtluft des Polizeistaates. Er sät den Entschluß, nach Amerika auszuwandern, kommt aber nur bis Mainz und siedelt schließlich nach der Schweiz über. In Zürich wird er Lehrer an der Fröbelschen Anstaltschule.

Da bricht in Paris am 23. Februar 1848 die Revolution aus. Liebknecht eilt dorthin, um sich herweghs deutscher Legion anzuschließen. Eine Krankheit wirft ihn jedoch auf längere Zeit ins Bett. Inzwischen aber wird herweghs Legion bei Dosenbach auseinandergetrieben. So kehrt Liebknecht, nachdem er genesen, nach Zürich zurück. Unterdessen legen die Märzstürme durch Deutschlands Gauen. Da hält es den Kampfmann nicht länger in Zürich. Bald steht er als Freiheitskämpfer in Baden. Bei Säckingen wird er gefangengenommen und nur durch einen Glücksstand entgeht er

Bei Unterbrechung des Versicherungsverhältnisses durch Ausscheiden aus der Beschäftigung treten die früheren Rechte wieder ein, wenn der Versicherte innerhalb eines Jahres nach dem Ausscheiden wieder in die versicherungspflichtige Beschäftigung tritt und das neue Arbeitsverhältnis ohne Unterbrechung sechs Wochen bestanden hat.

Zur freiwilligen Fortsetzung der Versicherung ist berechtigt, wenn ein Versicherte mindestens 50 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht geleistet hat, die Umlagebeiträge entrichtet und binnen einem Monat nach dem Ausscheiden aus dem versicherungspflichtigen Verhältnis der Rassenverwaltung davon Anzeige macht.

Erstattung von Beiträgen kann von Versicherten, welche aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis ausgeschieden, verlangt werden, bevor sie mindestens für 50 Wochen Umlagebeiträge auf Grund der Versicherungspflicht entrichtet haben. Es kommen aber nur die Beiträge in Betracht, die von dem Versicherten selbst für die Zeit nach dem 1. April 1924 entrichtet sind. Der Erstattungsanspruch muß vor Ablauf von 2 Jahren nach dem Ausscheiden aus dem versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestellt werden.

Erstattung von Beiträgen an Hinterbliebenen. Wenn eine versicherte männliche Person, welche mindestens 250 Beitragswochen zurückgelegt hat, verstorben, so steht der Witwe oder, falls eine solche nicht vorhanden ist, den ehelichen Kindern unter 15 Jahren ein Anspruch auf Erstattung der Beiträge zu, die nach dem 1. April 1924 von dem Verstorbenen geleistet wurden.

Verstirbt eine weibliche versicherte Person, so steht den mütterlichen Kindern unter 15 Jahren Anspruch auf Erstattung zu. Dasselbe Recht steht den Kindern zu, wo sich der Vater der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten und der Unterhaltungspflicht entzogen hat, also die Mutter als die Ernährerin der Kinder war. War die weibliche Versicherte wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Mannes die Ernährerin der Familie, so steht auch dem Witwer der Erstattungsanspruch zu. Der Anspruch auf Erstattung muß vor Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Versicherten erhoben werden.

Der monatliche Ruhelohn beträgt nach Ablauf von 250 Beitragswochen 30 M. und steigt mit jedem weiter zurückgelegten 50 Beitragswochen um 1½ M. bis zu 45 M., von da an um 1 M. bis zum Höchstbetrage von 60 M.

Die vor dem 1. April 1924 liegende Zeit der Mitgliedschaft wird auf die Wartezeit (§§ 4, 10 des Ruhelohngesetzes) angerechnet.

Die näheren Ausführungsbestimmungen sind im Gesetz niedergelegt. Alle Ansprüche und Reklamationen haben bei der Rassenverwaltung Ruhelohntafel für die Staatsarbeiter, im Polizeihaus zu erfolgen.

Nähere Auskunft in allen Fragen des Ruhelohngesetzes erteilt der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Fiskale Bremen, Faulenstraße 58/60, Zimmer 51.

Ein Antrag der SPD. in der bremischen Bürgerschaft vom 18. September 1925, der angenommen wurde und einen Bericht vom Senat fordert, der Ruhelohntafel eine Hinterbliebenenversorgung (Witwen- und Waisenrente) anzugliedern, harret noch seiner Erledigung. Ob der Senat, wenn er mit dem Bericht kommt, sich davon überzeugt hat, daß auch Bremen eine Hinterbliebenenversicherung braucht, zumal Hunderte anderer Städte längst eine solche Einrichtung haben, muß abgewartet werden.

der standrechtlichen Erschießung. Dafür wird er aber acht Monate lang in Freiburg eingekerkert.

Im Mai 1849 wird Liebknecht vom Gericht freigesprochen, bald darauf aber wieder verhaftet, weil er albernweise in dem Verdacht steht, er wolle den republikanischen Diktator Badens, Brentano, mit einem Taschenmesser erdrosseln. Wieder freigelassen, flüchtet er abermals nach der Schweiz und setzt in Genf seine agitatorische Tätigkeit im Deutschen Arbeiterverein fort, dessen Präsident er wird. Bald versällt er aber hier der Ausweisung nach Frankreich. Die französischen Behörden haben jedoch ebensowenig Freude an ihm wie die Schweizer. Sie befördern ihn daher mit einem Zwangspass nach London.

In London wird Liebknecht bald mit Karl Marx und Engels bekannt. Nun beginnt für ihn eine zweite Studienzeit, denn er läßt sich von Marx auf philosophischem, politischem und volkswirtschaftlichem Gebiete unterrichten. Schwere zwölf Jahre macht Liebknecht in London durch. Ruhm ernährt er sich und seine Familie durch Schriftstellererei.

Infolge Amnestie kam Liebknecht 1862 nach Deutschland zurück. Er trat in die Redaktion der von dem alten Republikaner August Braß gegründeten „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ein, die sich für ein republikanisches Großdeutschland (Deutschland und Deutschösterreich) einsetzte. Als aber Braß mehr und mehr auf die Seite Bismarcks trat, schied Liebknecht aus der Redaktion wieder aus. Inzwischen hatte Lassalle im Jahre 1863 die sozialdemokratische

Gestiegene Unfallziffern in den Gas- und Wasserwerken.

Aus dem Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke entnehmen wir folgendes:

Im Jahre 1924 waren der Berufsgenossenschaft angeschlossen 3626 Betriebe gegen 3612 Betriebe im Vorjahre. Neubinzugelommen sind 29 Wasserwerke und 4 Gaswerke, außerdem einige Nebenbetriebe. Insgesamt wurden neu eingetragen 35 Betriebe, während 49 Betriebe ihren Austritt erklärten, weil diese mit anderen verfallenen Betrieben zusammengelegt wurden. Unter den ausgetretenen Betrieben befinden sich 29 Nebenbetriebe, zumeist Elektrizitätswerke, ferner 10 Gaswerke. Der Berufsgenossenschaft gehören an: 2193 Wasserwerke, 1075 Gaswerke, 151 Gaswerke ohne Gaserzeugung, 180 Kanalisationswerke, 4 Wasserkraftgaswerke, 4 Acetylen-Gaswerke, 1 Delgaswerk, 1 Luftgaswerk. Von den 657 Nebenbetrieben sind 362 Elektrizitätswerke. 154 Gaswerke haben keine eigene Gaserzeugung. Davon beziehen 74 ihr Gas aus anderen Gaswerken, 72 aus Koksereien. Weitere 9 Betriebe sind als reine Verteilungsstellen zu betrachten.

Die Zahl der verletzten Personen betrug im Jahre 1924 74 281 gegen 79 278 im Jahre 1923. Die Zahl der versicherten Personen hat sich also verringert um 4997 oder 6,3 Proz. Es entfallen also durchschnittlich auf jeden versicherten Betrieb 20,56 Personen gegen 21,86 Beschäftigte im Jahre 1923. (Auswirkung der verlängerten Arbeitszeit. D. B.)

127 versicherte Betriebe haben jeder mehr wie	100 Arbeiter
190	50-99
583	10-49
2793	weniger 10 Volksw. beschäft.

Im Berichtsjahr wurden 5494 Unfälle gegen 4759 im Vorjahr gemeldet. Das ist also eine Steigerung der Unfallziffern um 15,44 Proz. Nach dem vorliegenden Verwaltungsbericht verunglückten föhlich im Jahre 1924 42 Versicherte gegen 37 Versicherte im Vorjahr.

Von den gemeldeten Unfällen sind als entschädigungspflichtig anerkannt worden 343 gegen 282 im Vorjahr. Von den gemeldeten Unfällen entfallen 4233 auf Gaswerke, 763 auf Wasserwerke, 205 auf Kanalisationswerke, 208 auf elektrische Betriebe, 85 auf Gaswerksfabrikation.

Aus dem Jahre 1923 waren noch 44 Berufungen an die Oberverwaltungsämter rückständig. Dazu kommen 172 neue Berufungen. Zurückgewiesen wurden 96 Fälle, für gerechtfertigt wurden erklärt 34 Fälle. Einigung oder sonstige Erledigung fanden 40 Fälle. Insgesamt wurden anhängig gemacht 216 Fälle gegen 89 im Vorjahr. Beim Reichsverwaltungsamt schwebten aus dem Vorjahre 16 Rekluse, 9 Fälle wurden zurückgewiesen, 3 Fälle für gerechtfertigt erklärt. Die anderen Fälle stehen noch aus.

Die Summe der gezahlten Entschädigungen im Jahre 1924 belief sich auf 667 591 M. Die Gesamtausgaben betragen 857 421 M. 78 Proz. der Ausgaben entfallen also auf Entschädigungen für Unfallverletzungen.

Soweit die Meldungen des Verwaltungsberichts mit kalten Zahlen ohne Kommentar. Es wird hier also berichtet, daß die Unfallgefahren innerhalb des Bereiches der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke sich ungeheuer vermehrt haben. Ein Beweis mehr dafür, wie recht unsere Auffassung ist, daß verlängerte Arbeitszeit erhöhte Unfallgefahren nach sich ziehen wird. Die Verlängerung

der Arbeitszeit wurde bekanntlich von den Arbeitgebern anfangs des Berichtsjahres 1924 durchgeführt. Im gleichen Berichtsjahre liegt das ungeheure Anwachsen der Unfallziffern. Wie weit ähnliche Erscheinungen noch in anderen Industriezweigen vorliegen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Nach amerikanischem Muster versucht man die Unfallgefahren herabzusetzen durch Anbringen von Warnungstafeln und Unfallbildern. Einzelne Betriebe haben die Auserhaltungsräume der Arbeiter auf diese Weise zu Bildergalerien gemacht. Die Arbeitnehmer gewöhnen sich an diese Umgebung; dadurch verlieren die Unfallbilder ihren eigentlichen Wert. Häufiges Wechseln der Bilder ist hier notwendig. Außerdem erscheint es zweckmäßig, Unfälle aus dem eigenen Betrieb von Zeit zu Zeit bildlich den Arbeitern vorzuführen.

Doch alle diese Mittel, deren Wert nicht verkannt werden soll, sind nur von untergeordneter Bedeutung. Es muß vielmehr alles getan werden, die Unfälle zu verhüten, d. h. die Betriebssicherheit zu herzustellen. Wenn die Unfallziffer im Berichtsjahr sich wesentlich erhöht hat, so ist dieses nach unserer Auffassung zum größten Teil auf die beengte Tätigkeit der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zurückzuführen. Es gehen uns häufig Klagen zu, daß die elementarsten Unfallverhütungsvorschriften nicht eingehalten werden, und die Kollegen trotzdem den Mut nicht haben, vom Arbeitgeber die Einhaltung der Unfallverhütungsvorschriften zu verlangen. Der einzelne befürchtet als Nörgler betrachtet zu werden und seine Existenz zu verlieren. So brüdt die Arbeitslosigkeit auch auf unsere Kollegen in den Betrieben und fordert erhöhte Beiträge der Arbeitnehmerschaft. Wenn die Sorge um die Existenz auch psychologisch zu verstehen ist, so entschuldigt diese Ausrede unsere Funktionäre keineswegs. Bei geschlossener Organisation wird sich jeder Arbeitgeber hüten, Maßnahmen vorzunehmen, weil die betreffenden Arbeitnehmer die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften verlangt haben.

In der Vorkriegszeit waren die Schutzvorrichtungen in den Betrieben noch mangelhafter. Anbringen von Warnungstafeln und Unfallbildern ist erst seit einigen Jahren eingeführt worden. Die bürgerlichen Parteien des Reichstages sorgten schon dafür, daß die Entschädigungssätze nicht zu hoch wurden. (Rentenversicherung.) Vertrauensärzte stellten fest, daß eine vorhandene Krankheit nicht durch Unfall eingetreten ist. Heute haben die Gewerkschaften eigene akademisch vorgebildete Sachverständige auf diesem Gebiet. Privatärzte sind von den Gewerkschaften als Prozessvertreter gefunden, die die Interessen der gewerkschaftlich organisierten Versicherten wahrnehmen. Groß ist die Zahl derjenigen Kollegen, welche durch die Arbeit der Gewerkschaften in den Genuss von Unfallrenten kamen und noch täglich kommen, oder deren bestehende Renten erhöht werden konnten.

Aus all diesen Gründen wird heute auch von den Arbeitgebern versucht, die Unfallgefahren zu vermindern, allerdings mit Problemen, welche nichts kosten. Zur wirksamen Bekämpfung der Unfallgefahren gehört aber etwas mehr als der Ausschlag von Bar-

partei in Gestalt des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins" gegründet. Liebknecht trat diesem bei, blieb aber Lassaue gegenüber recht kühl. Nach dessen Tode geriet er mit der Gräfin Hafffeld in offenen Konflikt. Um so eifriger betätigte er sich nun in der von Marx ins Leben gerufenen Internationalen Arbeiterassoziation. 1865 traf ihn daher die Ausweisung aus Preußen. Er ging nun nach Leipzig, wo er die Bekanntheit des jungen Drechslermeisters August Bebel machte. Beide schlossen sich eng aneinander an. Ihre bis an ihr Lebensende reichende politische und persönliche Freundschaft ist für die deutsche Arbeiterbewegung von reichstem Gegen gewesen.

Die Gärung in den Arbeitervereinen, die sich zum Teil gegen die Lassalleaner, zum andern Teil gegen die bürgerlich-demokratische Richtung wandte, führte auf dem Nürnberger Vereinskong 1868 zum Abbruch der letzten von den Bebel und Liebknecht geführten Arbeitervereinen und auf dem Kongreß zu Ehenach 1869 zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Auf ersterem war es Liebknecht, der neben anderen sich warm für die Gründung von Gewerkschaften einsetzte, war er doch schon im bereits bestehenden Buchdruckerverband als vielbegehrter Redner aufgetreten. Auch später hat Liebknecht sich viel für die Gewerkschaften eingesetzt. Er ist stets ihr warmer Freund gewesen.

Während des Krieges von 1870/71 nahmen Liebknecht und Bebel eine Haltung ein, die dem Standpunkt der Bürgerlichen und der Lassalleaner entgegengesetzt war. Es waren der Meinung, daß

Bismarck und seine Regierung ebensowenig Schuld am Kriege hätten wie Napoleon. Sie enthielten sich deshalb bei der Bewilligung der Kriegskredite der Abstimmung. Später präzisierten sie im Verein mit den Lassalleanern gegen die Annexion Elsaß-Lothringens. Sie sahen ganz richtig voraus, daß diese Tat ein dauernder Streit zwischen Deutschland und Frankreich sein und der Keim zu neuem Kriege wurde. Diese Haltung und andere zusammengesuchten "Verfehlungen" führten 1872 zum Hochverratsprozeß gegen beide und den Literaten Adolf Hepner. Trotz der glänzenden Verteidigung reden der drei ging nur Hepner strafflos aus, während Liebknecht und Bebel zu je zwei Jahren Festung verurteilt wurden. Die Verhandlungen über diesen Prozeß sind später in Buchform erschienen. Das Buch (von Liebknecht redigiert und von ihm mit einem Vorwort versehen) verdient heute noch von jedem Arbeiter gelesen zu werden, denn es ist eine glänzende Einführung in die sozialistische Gedankenwelt.

Das Jahr 1875 brachte die langerehnte Vereinigung der Lassalleaner mit den Eisenachern oder, offiziell ausgedrückt, die Vereinigung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei". Das Hauptverdienst an dieser Einigung ist Liebknecht zuzuschreiben. Der Kongreß gab der vorliegenden Partei ein Programm, dessen Schöpfer Liebknecht war.

Die Leiden und Verfolgungen, die Liebknecht während der Zeit des Sozialistengesetzes und darüber hinaus ertrug, seine Aufopferung, sein stets kluges und energisches Eintreten für das Proletariat

nungstafeln, sind zum: 1. gesunde Menschen mit ausreichender Ernährung, 2. gesicherte Erträge, 3. kurze Arbeitszeit, 4. Einklang des Abbaues und der Antriebszeit.

Diese Forderungen können nur durch eine geschlossene, feste Organisation durchgesetzt werden. Über und Warnungstafeln allein tun es nicht, das beweist der vor uns liegende Verwaltungsbericht der Berufsgenossenschaft der Gas- und Wasserwerke.

S. D.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bis zum September 1926 vorliegt. Die Völkerbunddelegationen waren vom 3. bis 17. März in Genf versammelt, lediglich zu dem Zweck, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu beschließen. Schon vorher hatte es darüber in den einzelnen Ländern erregte Debatten gegeben. Nicht deshalb, ob Deutschland aufgenommen oder nicht aufgenommen werden solle (über den Eintritt Deutschlands war man sich einig), sondern weil gleichzeitig Polen, Spanien und Brasilien auch je einen Sitz im Völkerbund rat beanspruchten. Dieses kurzweilige Spiel setzte sich nun in Genf fort. Trotz der Differenzen beschloß die eingeleitete Aufnahmekommission einstimmig der Völkerbundversammlung den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu empfehlen und ihm auch einen Sitz im Völkerbundsrat einzuräumen. Nun erhoben nacheinander Brasilien, Spanien, Polen erneut ihren Anspruch. Schweden erhob dagegen Einspruch, daß der Völkerbundsrat um mehr als den deutschen Sitz vergrößert werde. Schließlich gelang es den brasilianischen Vertreter, der ziemlich rabiat auftrat und mit dem Austritt Brasiliens aus dem Völkerbund drohte, wenn sein Verlangen nicht erfüllt werde, zu verhängen. Nun verzichtete Schweden zugunsten Frankreichs auf seinen nicht ständigen Sitz und die Aufnahmekommission bereit, seinen Sitz am Polen abzutreten, um die Harmonie im Völkerbundsrat zu erhalten. Damit schien eine allgemeine befriedigende Lösung gefunden zu sein, zumal auch Spanien sich damit abfand. Da erhebt plötzlich der brasilianische Vertreter nicht nur seinen Anspruch erneut, sondern legt nun auch sein Veto gegen die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund ein. Allgemein herrscht die Meinung vor, daß der Brasilianer zu diesem Vorstoß von — Ruffianen angezettelt worden ist. Die Schlußfassung der Völkerbundversammlung gestaltete sich trotzdem zu einer begeisterten Kundgebung für Deutschland. Nachdem der Vorsitzener seinen sonderbaren Standpunkt ohne irgendwelche Begründung dargelegt hatte, führte der englische Außenminister Chamberlain u. a. aus:

Deutschland habe von Anfang an eine natürliche und vernünftige Verbindung an seinen Eintritt gewünscht, die Erlangung eines ständigen Mitglieds, der ihm mit Rücksicht auf seine große Bedeutung in der Welt unbedingt gebühre. Er empfand es als eine Pflicht der Gerechtigkeit gegenüber Deutschland, zu erklären, daß die bedeutenden Völkervertritte und Schwergewichte, die sich seit dem Eintritte beider Teile in Genf auf beiden Seiten gezeigt hätten, nach dem Zusammenwirken aller Beteiligten und dem Wege gegangen worden seien. (Hier wurde Chamberlain von lebhaftem Beifall unterbrochen, der sich zu einem Sturm steigerte, als er den Vorkämpfer zweier Ratsmitglieder, Schwedens und der Dominikaner, rief, die durch ihr Opfer die Beseitigung aller Schwierigkeiten ermöglicht und eine Atmosphäre abgemildert hätten, „die uns alle befreit.“) Er forderte für England und sämtliche Dominarien, wenn er mit Befriedigung feststelle, daß das Wort von Escobar dadurch gestrichelt werden sei und die Gefahr abgemildert wurde, daß Escobar von seinem im Juni 1926

gespalten werde. Nicht nur als Berichterstatter der Kommission, sondern im Namen Escobars müßte er aber zugleich seine bittere Enttäuschung aussprechen, daß trotz dieser Uebereinstimmung aus den Gründen, die in der Versammlung jedoch vertieft werden, die Aufnahme Deutschlands jetzt nicht vollzogen werden könne. Er schloß mit dem Ausdruck der festen Ueberzeugung, daß die Vertagung zur Sicherstellung des deutschen Eintritts in den Völkerbund bei der nächsten Session dienen werde.

Dann sprach Briand, der französische Ministerpräsident, dem harten Beifall der Versammlung begrüßt. Er erklärte, daß er sich den Anschuldigungen des englischen Außenministers durchaus anschließen würde. Deutschland müßte Mitglied des Völkerbundes werden. Bedauern und Hoffnung beherrschte die Versammlung zugleich. Mit man nach Genf kam, gab es Schwierigkeiten im Rat, gab es auch Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, die durch Mißverständnisse noch vertieft wurden. Im Genf ist im Geiste der Beschönigung geandert worden. Die Schwierigkeiten verwandelten sich von Tag zu Tag, verschwanden schließlich völlig. Es wurde eine Uebereinstimmung erreicht, nach der das Wort von Escobar durch die Aufnahme Deutschlands getilgt werden sollte. Doch war dies nicht ohne Opfer der Herren Riden (Schweden und Brasilien) möglich, denen hohe Ehre gesollt sein soll für die großen Dienste, die sie dem Völkerbund geleistet haben. Der Vorkämpfer aller Völker ist ihnen sicher. (Beifall der Versammlung.) Die Lösung schien gefunden, leider war das ein Irrtum. Heute haben wir vor der Kammerlichkeit, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Aber ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, das Freundschafts- und Beschönigungswort ist nicht getilgt. Ich bin mit diesem Ereignis übereinstimmend, daß wir aus dieser besetzten Situation ohne Nachteil für unser gemeinsames Friedenswerk hervorgehen werden. Und darf nicht ein Schritt der Retrospektive beherzigen. Einige in dieser schwierigen Situation, in der wir uns jetzt befinden, glaube ich nicht, daß der Völkerbund ernstlich Schaden leiden wird. Zu hoch hat er bisher gestanden, um durch vorübergehende Schwierigkeiten ernstlich zu leiden. Ich empfinde als Franzose lebendiger tief und schmerzlicher die Unmöglichkeit der Ereignisse als das viele Bedauern, daß Deutschland im Völkerbund und im Rat noch nicht mit uns wieder arbeiten können. Deutschland hat ernstlich und loyal in Locarno mit uns verhandelt und ein Abkommen mit uns geschlossen. In der Atmosphäre des Völkerbundes hätten wir uns weiter mit ihm in erster Arbeit gefunden. Ich war und bin ein leidenschaftlicher Verehrer des Beschönigungswortes und kann die Hoffnung auf sein Erlöschen nicht aufgeben. Es ist notwendig, alle Streit einzustellen, um alle vor uns liegenden Schwierigkeiten zu überwinden. Die deutsche Delegation hat sich das große Verdienst erworben, indem sie aus gelungener Lage die Initiative ergriffen hat, um das Escobar-Wort aus dem Schreiben zu entfernen. Am Schluß seiner Rede sprach Briand unter lebhaftem Beifall folgende Einschließung:

„Die Versammlung bedauert, daß die bis jetzt aufgetauchten Schwierigkeiten es nicht ermöglichten, das Ziel zu erreichen, für welches Deutschland noch einstimmig eingetreten war. Die Versammlung bedauert die Ursache, daß diese Schwierigkeiten bis zur achtzehnten September-Session der Völkerbundversammlung überwinden sich werden, damit dann zu diesem Zeitpunkt die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzogen werden kann.“

Hierauf sprach der Vorsitzende des Völkerbundrates, Graf Nishi (Japan), der ebenfalls sein Bedauern über die Entwidlung der Dinge in Genf ausdrückte. Er machte den Vorschlag, den Völkerbundsrat zu reorganisieren, indem er den von der deutschen Delegation zur Debatte gestellten Vorschlag auf Eröffnung einer besonderen Studienkommission zum Vortrag über das Wort in dieser Session sollte diese Kommission gewählt werden und sich zur Vorbereitung der Völkerbundversammlung ihre Aufgabe besetzen lassen.

Der schwedische Außenminister Bengt Lundén schloß in einem ent-

lassen hier im einzelnen nicht angeführt werden. Ihm ist es in erster Linie zu verdanken, wenn während dieser schweren Zeit die sozialistische Bewegung erhalten blieb und nach Wiederherstellung des gemeinsamen Rechts organisch sich selbst wieder aufbauen werden konnte.

Nach dem Fall des Sozialistengesetzes führte Diebstahl die Aufregung des „Vorwärts“ bis zu seinem Tode. Von Anfang an sah er mit diesen Unbedeckungen im Norddeutschen und Deutschen Reich, auch längere Zeit im Süddeutschen Lande. Im Parteikonzepte wie in Volkswirtschaften war er der von den Arbeitern kommandierte, von den Feinden geschädigte und geschmähte Redner. Ungehört groß sind Diebstahls Verdienste um die Bildung der Arbeiterbewegung. In vielen populären Schriften hat er, neben seinen zahlreichen Versammlungs- und Kongreßreden, politische Aufklärung unter die Massen getragen und für deren Erziehung zum Sozialismus gewirkt. Die Anfang der neunziger Jahre in Berlin gegründete Arbeiterbildungsschule ist sein Werk.

Diebstahl war aber nicht nur eine berühmte Person in Deutschland. Er war ebenfalls gefeiert im Ausland. An dem Zustandekommen des Internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses in Paris 1899 und der damit verbundenen Gründung der Zweiten Internationale hat er in erster Linie mitgewirkt. Hier und auf späteren internationalen Kongressen gehörte er zu den geschäftigsten Persönlichkeiten und beliebtesten Rednern, wegen der beinahe, daß er sieben Sprachen beherrschte.

Am 7. August 1900 ist Diebstahl überraschend plötzlich gestorben. Noch am Tage vorher hatte er in voller geistiger Triftigkeit an der Sitzung des Parteivorstandes teilgenommen. Seine Beerdigung am 12. August gestaltete sich zu einer Demonstration von bis dahin nie gezeigter Größe. So war noch kein Feind begraben worden. Nicht nur das Berliner Proletariat folgte seinem Sarge, sondern aus ganz Deutschland und aller Herren Länder waren Deputationen erschienen, dem großen Führer das letzte Geleit zu geben.

Diebstahls großes Verdienst ist, die moderne Arbeiterbewegung in Deutschland mit aufzubauen und mit sozialistischem Geist durchsetzt zu haben. Seine Devise war stets: „Wissen ist Macht und Macht ist Wissen.“ Wir können heute das Ansehen an den großen Arbeiterführer nicht besser beschreiben, als wenn wir gerade diesen Spruch beherzigen. Die stürmischen Kriege- und Konstellationszeiten und die alljährlich wiederkehrende Inflationsperiode sind vorüber. Wir leben jetzt etwas gemächlicher. Darum können wir uns wieder auf uns selbst besinnen und an der Vertiefung und Verwirklichung unserer Mission und unserer Erziehung arbeiten. Die kommenden Zeiten erwarten noch große Taten von der Arbeiterklasse. Ihr gehört die Zukunft; sie soll die Leitung des Staates, der Produktion und der Wirtschaft in die Hand nehmen. Ihre Aufgabe ist es, die kapitalistische Gesellschaftsordnung in die sozialistische überzuführen. Zu dieser Aufgabe muß sich die Arbeiterklasse rufen und stark machen.

S. D.

stiebenen wie kurzen Worten darauf hin, daß das einzige Ziel der Märztagung des Völkerbundes die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in den Rat gewesen sei, durch dessen Vollzug die Unversialität des Völkerbundes, sein höchstes und ideales Ziel, in sichtbare Nähe gerückt worden wäre. Unden sprach dann seine tiefe Enttäuschung über das Scheitern dieser so wichtigen Verhandlungen aus, die auf Schwierigkeiten zurückzuführen seien, bei denen nationalitische und Einzelinteressen eine erhebliche Rolle spielten.

Caballero-Paraguay verlas dann im Namen von Chile, Columbien, Cuba, Guaymal, Nicaragua, Panama, Paraguay, der Dominikanischen Republik, Venezuela und Uruguay eine scharfe gegen die Haltung des brasilianischen Delegierten gerichtete Erklärung, deren formeller Teil Dienstags vormittag zur Kenntnis Mella Francos gebracht worden sei. — Es folgten dann Erklärungen von Motta-Edweiz und Loubon-Holland, die vor allem der tiefen Befürzung der Versammlung über das Scheitern der Verhandlungen Ausdruck verliehen.

Die Vollversammlung hat schließlich den Antrag auf Vertagung der Aufnahme Deutschlands sowie den Antrag Ithil auf Einsetzung einer Studienkommission zur Prüfung der Erweiterung des Rates angenommen.

In einer Unterredung, die zwischen Chamberlain, Briand und Luther-Stresemann stattfand, wurde vereinbart, folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„Die Vertreter Deutschlands, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben sich am Dienstag (16. März. D. R.) vereint, um die Wege zu prüfen, wie sie sich aus den anstehenden Schwierigkeiten des Verjaßens ergäben, die sich der Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele entgegenstellen. Sie stellen fest, daß sie im Begriffe waren, zu einer Uebereinkunft zu gelangen und die Hindernisse zu überwinden, die sie zu einem gegebenen Zeitpunkt unter ihnen entstanden waren. Falls, wie zu wünschen ist, die einwangs erzwungenen Schwierigkeiten fortbestehen sollten, würden die Vertreter der sieben Signatarmächte des Protokolls von Locarno bedauern, daß sie im gegenwärtigen Augenblick das von ihnen angestrebte Ziel nicht erreichen können. Sie stellen jedoch mit Befriedigung fest, daß das Friedensziel, welches sie in Locarno verirklichteten und welches in seinem ganzen Werte und in seiner ganzen Kraft bestehen bleibt, dadurch nicht berührt wird. Sie halten das fest, heute wie gestern, und sind fest entschlossen, sich gemeinsam dafür einzusetzen, es anstrengungsvoll und fortwährend zu verfolgen. Sie bleiben bei der Uebereinkunft, daß bei der nächsten Völkerversammlung die gegenseitigen Schwierigkeiten überwinden sein werden, und daß die Verwirklichung, die hinsichtlich der Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erzielt worden war, verwirklicht werden wird.“

Bildungsarbeit

Idealismus und Materialismus.

So machen's die Menschen gar oft: sie gerhauen sich die Köpfe, weil sie sich falsch verstehen, obgleich sie dasselbe meinen. Streit um falsch gedeutete Worte — das sind die meisten Diskussionen. Darum müßte man, wenn man zu disputieren anfängt, zusehen, ob jeder unter den Worten und Begriffen, die er braucht, das gleiche versteht wie der andere. Bevor deshalb jeder rechte Wissenschaftler oder Philosoph sein eigenes neues Werk aufbaut, geht er erst an die Klärung der Begriffe und Ausdrücke, die er anwendet. Manchmal mag das kleinlich und pedantisch erscheinen, in der Folge hat dies aber seine größte Auswirkung. Ganz kleine, feine Unterschiede sind da häufig entscheidend für das ganze System. Jeder Leser kennt z. B. Marx und weiß, daß er ein großer Gesellschaftswissenschaftler gewesen ist. Einer seiner bedeutendsten Bewunderer, wenn nicht Schüler, ist der Soziologe Lönnies. Beide gebrauchen das Wort Gesellschaft. Für beide bedeutet es aber etwas Grundverschiedenes.

Idealismus und Materialismus, das sind zwei Begriffe, die — gerade auch in unserer Bewegung — sehr häufig gebraucht und sehr oft mißverstanden werden. Ist auch kein Wunder, bezeichnet doch das gleiche Wort hier tatsächlich Verschiedenes. Beide Begriffe dienen zur Bezeichnung 1. einer philosophischen Anschauung, und 2. einer praktischen Handlungsweise. Beide Male ist natürlich Grundverschiedenes gemeint. Es kann einer weltanschaulich ein Idealist und in seinem praktischen Leben ein trasser Materialist sein und umgekehrt.

Idealismus und Materialismus sind die zwei bedeutendsten Richtungen in der Philosophie und in der Weltanschauung. Sie sind beide so alt als es Geschichte des menschlichen Geistes gibt, bestehen seit Menschen über das Rätsel ihres Seins und der Welt nachdenken. Der Mensch hat das Bestreben, die Mannigfaltigkeit der Dinge in und um sich, sein Inneres und die Vorgänge der lauten Welt in der er steht, sich befriedigend zu erklären und in diese Erklärung eine ordnende Einheit zu bringen oder auch, er findet das Rätsel der Welt für sich gelöst, erst wenn er sich und die Welt aus

einem einzigen Grundsatz heraus erklärt hat. So kommt er zu leichten Sagen wie etwa: Alles, was besteht, ist Geist, oder: Welche U. a. je alles Bestehenden ist der Geist. Indere kommen zu dem anderen Sag: Alles Seiende ist Materie, Materie, das ist Urstoff und Urgrund von allem. Für solche ist dann Geist nur eine Ausäußerungsform oder auch Ausstrahlung der Materie, wie für die andere Gruppe die Materie ein Produkt des Geistes, meist eine unvollkommenere Daseinsform des Geistes ist. Die Richtung nun, für die der Geist das Ursprüngliche ist, heißt Idealismus (Idea=Geist), die andere Materialismus. Eine Bemertung sei hierzu noch gemacht. Menschen mit solcher Einstellung, daß sie zu einem letzten Sag kommen, daß sie sich die Welt aus einem derartigen einzigen Prinzip erklären, das dann weiterhin nicht mehr erklärt werden kann, sondern einfach als letzte Tatsache hinzunehmen ist, nennt man Dogmatiker, und zwar monistische Dogmatiker. Im Gegensatz zu ihnen stehen die dualistischen Dogmatiker, die sich die Welt aus den beiden Prinzipien Geist und Materie erklären. Es gibt aber auch noch andere philosophische und weltanschauliche Verhaltensweisen als die dogmatische. Man kann sich kritisch verhalten, man kann skeptisch sein.

Idealismus und Materialismus im Handeln des praktischen Lebens ist etwas anderes als in der philosophischen Betrachtung. Praktisch bin ich Idealist, wenn ich mein Tun durch selbstlose Beweggründe bestimmen lasse, wenn ich meine eigenen Interessen hinten stelle. Materialist im Leben ist im Sprachgebrauch nun gleichbedeutend mit Egoist geworden und hat dabei häufig noch den heruntergehenden Beigeschmack eines Menschen, der in größtmöglichen Genüssen seine Befriedigung findet. Demgemäß soll jeder Mensch in seinem Handeln ein Idealist sein. Das muß gefordert werden. Weltanschaulich mag er sein, was er will, Idealist oder Materialist. Die klare Unterscheidung zwischen weltanschaulichem und praktischem Idealismus oder Materialismus ist in der Arbeiterbewegung von Bedeutung, weil gerade in ihr die weltanschaulichen Materialisten wohl in der Mehrzahl sind, die Arbeiterbewegung aber nur praktische Idealisten brauchen kann, also nur solche Menschen, die selbstlos, uneigennützig in der Bewegung handeln.

Etwas ganz anderes wieder ist der historische Materialismus. Er ist weder eine Philosophie oder Weltanschauung noch eine praktische Handlungsweise, sondern eine Methode der Geschichts- und Gesellschaftsbetrachtung oder -forschung, also eine Methode wissenschaftlicher Arbeit. Zweckmäßiger verwendet man für sie den anderen Ausdruck, der weniger Mißverständnisse schafft, nämlich: ökonomische Geschichtsbetrachtung. Daraus geht hervor, was damit gemeint ist: Untersuchung der Geschichte des gesellschaftlichen Geschehens, inwiefern es durch wirtschaftliche Ursachen bestimmt wird. Zugrunde liegt dem die Auffassung, daß das gesellschaftliche Geschehen in der Geschichte im wesentlichen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zeit bestimmt wird. Diese Theorie und diese Methode ist von Karl Marx und Friedrich Engels gefunden und ausgebaut worden. Daneben gibt es andere Geschichts- und Gesellschaftstheorien, z. B. die gesellschaftlichen Geschehnisse in der Geschichte werden ausschlaggebend beeinflusst durch das Auftreten großer Männer, durch das Auftreten großer Ideen usw. Die deutsche Arbeiterbewegung ist im weiten Maße Anhänger der ökonomischen Geschichts- und Gesellschaftsbetrachtung. Aber doch ist zu sagen, man kann ein sehr guter Anhänger der Arbeiterbewegung, ja ein sehr guter Sozialist sein, ohne sich deswegen als historischer Materialist bekennen zu müssen.

Gesetz und Recht

Der Ausschluß der Rechtsanwölfe vor den Gewerbeämtern besetzt sich nicht nur auf die mündlichen Verhandlungen, sondern auf das ganze Verfahren. Rechtsanwölfe sind daher auch nicht beauftragt, als Prozeßbevollmächtigte beim Gewerbeamt Anträge in einem Prozeßverfahren zu stellen. (Beschluss des Landgerichts I Berlin, 8. Zivilsenat, vom 9. November 1925, Akt.-Z. 25, T. 22/1925, Neue Zeitschrift für Arb.-R. 1926, Spalte 120.)

Schritte behalten während einer vorübergehenden Betriebsstilllegung Anspruch auf ihre Vergütung. Weil die Vergütung nicht Arbeitslohn, sondern Beihilfe zu den Lebensunterhaltungskosten ist, kommt es nicht darauf an, ob die Lehrlinge in den vier Wochen der Betriebsstilllegung Arbeit geleistet haben oder nicht. Nach § 127 der Reichsgewerbeordnung und den Lehrverträgen ist der Lehrherr verpflichtet, die Lehrlinge zu beschäftigen und auszubilden. Er kann sie nicht einfach nach Hause schicken, denn sie haben ein Recht auf Arbeit. (Urteil des Landgerichts Weimar vom 26. März 1925, Akt.-Z. III, Seite 1/25, Neue Zeitschrift für Arb.-R. 1926, Spalte 115.)

Aus der Spruchpraxis

Sogenanntes Laufgeld in beurlaubten Arbeitern während der Urlaubszeit nach dem R.M.T. Gemeindearbeiter wüßte zu zahlen. Nach § 12 Ziff. 1 des R.M.T. für die Gemeindearbeiter sieht den Arbeitern nach bestimmter Dienstzeit ein jährlicher Erholungsurlaub „unter Fortzahlung des Lohnes“ zu. In einer Fußnote heißt es weiterhin:

„Unter Lohn sind diejenigen Bezüge zu verstehen, die der Arbeiter im Falle der Arbeitsleistung planmäßig während des gleichen Zeitraums bezogen hätte.“

In einem Streitfall befand sich das städtische Werk 8 Kilometer außerhalb der Stadt. Die Arbeiter, die in der Stadt wohnten und in diesem Werke außerhalb der Stadt zu arbeiten hatten, erhielten ein sogenanntes Laufgeld als Entschädigung für die Zurücklegung des Weges, während die Arbeiter, die auf dem Werke wohnten, keinen Anspruch darauf hatten. Die beurlaubten Arbeiter verlangten von der Stadtverwaltung während des Urlaubs Fortzahlung des ihnen sonst gezahlten Laufgeldes. Dieses wurde ihnen jedoch verweigert. Die Bezirkschiedsstelle Stettin sprach jedoch den Arbeitern diesen Anspruch durch folgende Entscheidung vom 21. Januar 1926 zu:

„Den Arbeitern des Wasserwerks St. ist auch während des Urlaubs die Laufgeldzulage zu zahlen.“

In der Begründung heißt es: „Nach der Anmerkung zu § 12 Ziff. 1 R.M.T. sind unter dem Lohn, der dem Arbeiter während des Urlaubs fortzuzahlen ist, diejenigen Bezüge zu verstehen, die der Arbeiter im Falle der Arbeitsleistung planmäßig während des gleichen Zeitraums bezogen hätte. Da die Arbeiter die Laufgeldzulage planmäßig während der Zeit, in der sie nicht beurlaubt sind, beziehen, ist die Zulage auch während des Urlaubs zu zahlen. Ob der R.M.T. an anderer Stelle, z. B. bei der Regelung des Krankenlohnes (§ 14) unter „Lohn“ den „vollen Arbeitsverdienst“ versteht und in der Ueberschrift zu den §§ 6-8 zwischen „Lohn“ und „Vergütung“ unterscheidet, die letztere also nicht als Bestandteil der Löhne betrachtet, ist unerheblich, da § 12 Ziff. 1 in der Anmerkung seine eigene Definition des Lohnbegriffs enthält.“

Gegen diese Entscheidung legte der Bezirksarbeitsgeberverband Berufung beim Zentralausschuß ein und beantragte, zu entscheiden, daß das Laufgeld, das keine Lohnzulage sei, nicht zu den Bezügen gehört, die in Urlaubsfällen zu zahlen sind. Dieses Laufgeld werde den Arbeitern, die nicht auf dem Wasserwerk wohnen, als Entschädigung für vermehrte Abnutzung des Schutzeinsatzes usw. an Stelle nicht gewährter Reisekosten gezahlt. Der Zentralausschuß hat jedoch in seiner Entscheidung vom 11. März 1926 die vorerwähnte Entscheidung der Bezirkschiedsstelle bestätigt.

Aus den Gemeinden

Düren. In einem rheinischen mittleren Städtchen haben sich am Frühnamstag die Fuhrwerks- und Lastwagenbesitzer, bis auf zwei Unternehmungen, mit ihrem gesamten Park auf einem freien Platz versammelt. Von da aus fahren sie im geschlossenen Zuge durch das Innere der Stadt. Es ist keine Spatzen- oder Reklamefahrt, es ist eine Demonstration. Was will man damit bezwecken? So frage ich mich, als die Seitensitze heraus ein „einjamer“ Müllwagen gefahren kommt. „Sagen Sie mal“, frage ich den Fuhrmann, „was hat das zu bedeuten?“ „Die demonstrieren dafür, daß ihnen die Arbeiten des städtischen Fuhrparks, bei dem ich beschäftigt bin, in Zukunft zuzellen sollen!“ war die Antwort. Für die Entkommunalisierung des städtischen Fuhrparks ist also die Parole. Man demonstriert, rennt sich die Hacken ab zu den Stadtverordneten und läßt sich Auffklärung geben von der Stadtverwaltung über die Bilanz des Fuhrparks. Lange Zeit schon war der Fuhrpark den Herren vom Transportgewerbe ein Dorn im Auge. Er vergrößerte nämlich ab und zu die von ihm errechneten Preise (welche auch vom Fuhrpark den Dienststellen der Stadt angerechnet werden) für einzelne Fuhrer. Die Preise wurden Richtpreise und waren den Herren für ihre Berechnungen sehr unangenehm. Ein zweijähriges Stel ansof zunächst alle Fuhrer des städtischen Fuhrparks sollen von ihnen ausgeführt werden, dann verschwindet der Richtpreis. Die zweite Etappe, die Müllabfuhr, sollte später genommen werden. Die Stadtverordnetenversammlung hat zu entscheiden, was geschehen soll. Stadtverordnete, welche dem Gewerbe nahe stehen, haben bereits bei der Verwaltung (welche am Fuhrpark festhalten gewillt ist) angeknüpft, um in einzelnen Fragen Aufschluß zu verlangen. Stets und jedem weist die Verwaltung nach, daß das Unternehmen rentabel ist. Nun hat man sich Lohnauszüge der Arbeiter geben lassen aus dem Jahre 1925, die Jahreslöhne durch 52 geteilt und dabei Wochenlöhne ermittelt, welche bei weitem einen Wochenlohn (48 mal Tarifstundenlohn) überschreiten. Trotzdem hat die Verwaltung stets nur Tarifstundenlohn gezahlt. Woher kommen diese Löhne? Die Ueberstunden der Arbeiter des Fuhrparks machen dieses Mehr aus. Nun geht das Geschrei los: „Die Löhne sind zu hoch, die gezahlt werden.“ Jetzt kommt für die Arbeiter der Stadt der Furch der hohen Ueberstundenhustler. Lange und laut haben die einsichtigen Kollegen gerufen, abzulassen vom Ueberstundenystem. Zugabe, daß sich nicht jede Ueberstunde vermeiden läßt, aber daß man in

einer Woche mehr Ueberstunden, als Lohnstunden macht, kann unter keinen Umständen gehen. Dies Beispiel zur Warnung aller Kollegen in städtischen Betrieben. Seid auf der Hut! Hört auf die Organisation. Besucht lieber die Versammlungen des Verbandes, als bis abends spät zu schlafen. Wie die Entscheidung in dem oben besprochenen Fall auch getroffen werden mag, für uns bedeuten schon seine Anfänge „Gefahr im Verzuge“ und fordern erhöhte Aufmerksamkeit.

Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter

Daneben getroffen! In Nr. 5 des Organs der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft „Strom und Schleuse“ vom 6. März 1926 vergießt der verantwortliche Redakteur dieser Zeitschrift und gleichzeitige Vorsitzende der Deutschen Wasserstraßengewerkschaft Tränen darüber, daß wir so hochst waren, das von ihm unter dem 16. Januar an seine Ortsgruppenvorstände erlassene Rundschreiben zu veröffentlichen. — Wir wäre auf diese Heulmeierei nicht mehr zurückgekommen, wenn nicht in dieser Kälte der „Heine Bernegrosch“ aus der Kaiserallee so tut, als ob die Wasserstraßengewerkschaft im Gelde schwimmen würde, was doch aus dem von uns feinerzeit veröffentlichten Rundschreiben aus jeder Zeile hervorgeht, wie außerordentlich leer es in dem Kassenschrank dieser Organisation und auch in dem des Verlages der Zeitschrift „Der Deutsche“ (Organ des Herrn Stegerwald) anzusehen muß. Wenn dann weiter gesagt wird, unseres Erachtens wäre es viel richtiger, wenn der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter seine Wasserbauarbeitern einmal sagen würde, was er für diese zu tun beabsichtigt, so können wir darauf nur erwidern, daß das, was heute für die Wasserbauarbeiter, besonders an sozialen Einrichtungen, vorhanden ist, das ausgesprochene Verdienst der jahrzehntelangen Organisationsarbeit des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ist, der lange — lange bevor die stammende Mittwelt von einer Deutschen Wasserstraßengewerkschaft etwas gewußt hat — in den öffentlichen Betrieben die Grundlage geschaffen ist für das, was heute an arbeitsrechtlichen Beziehungen vorhanden ist. Also, etwas mehr Bescheidenheit, lieber Hans. Auch über die naive Belehrungsmethode über den Unterschied des „Deutschen“, des „Vorwärts“ und der „Roten Fahne“ können wir ebenfalls hinweggehen. Wir wissen ganz genau, daß es den Herren der christlichen Organisation sehr unangenehm ist, wenn man im Zusammenhang mit Arbeiterpolitik den Namen Stegerwald nennt, an Herrn Bedrens gar nicht zu denken.

Dienstalterszulage für die Reichsarbeiter. Die feinerzeit im Feuersoerordnungsblatt Nr. 35, Jahrgang 1925, unter Ziffer 397 erschienene Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Tarifkontrahenten auf Genehmigung von Dienstalterszulagen an früher bei der Reichswehr beschäftigte Arbeiter ist besonders im Bereiche des Reichswehrministeriums insofern falsch angewendet worden, als nach dieser Vereinbarung Zweifel darüber bestand, von welchem Tage ab sie gilt. Auf Grund eines von unserer Verbandsleitung dem Reichswehrministerium unterbreiteten Antrages hat dieses nunmehr folgende Verfügung erlassen, nach der es keinen Zweifel mehr geben kann:

Berlin, den 16. März 1926.

Reichswehrministerium (Heer) Feuersoerordnungsamt.

Nr. 1189/26, V. 1.

An die Wehrkreisverwaltungsämter I-VII, das Verwaltungs-

Büroamt Bremen.

Ist Vernehmung von Weisstein wird mitgeteilt, daß der Erlaß im Feuersoerordnungsblatt 1925 Nr. 397 Seite 123, der sich auf ein Schreiben des Herrn Reichsfinanzministers vom 6. Dezember 1925 I B 28661 R. 24, mit diesem Tage in Kraft tritt. S. A. get. Besprengt.

Falls brauchen nicht überall nach dem Wortlaut dieser Verfügung verfahren sein sollte, bitten wir unsere Kollegen, nachdrücklich dagegen Einspruch zu erheben.

Peitzberg. Einen neuen Reinfall erlebte Freiherr v. Langemann, Rittmeister und Eskadronschef der 2. Eskadron des 4. preußischen Reiterregiments, am 6. März vor der Arbeitsgerichtlichen Kammer in Peitzberg. Beim Regiment waren über 5 Jahre beschäftigt der Schneider R. und der Schuhmacher B. Wöhlisch erhielten sie ihre Kündigungen ohne Angabe der Gründe. An ihrer Stelle wurden Stahlblechleute beschäftigt. Der Staats- und Gemeindearbeiterverband ließ Klage erheben. Nun führte der Herr Rittmeister für die Kündigung Gründe an, die aber von der Arbeitsgerichtlichen Kammer nicht als Kündigungsgründe anerkannt wurden. Der Einspruch gegen die Kündigung wurde unter Annahme des Vorliegens einer unbilligen Härte als gerechtfertigt anerkannt, und jedem der beiden Beklagten als Entschädigung, im Falle der Arbeitgeber die Weiterbeschäftigung ablehnt, 789,10 M. zuerkannt. Der Herr Rittmeister entwickelte eine föhliche Unkenntnis auf dem Gebiet des Arbeitsrechts. Der Reinfall wird hoffentlich eine heilsame Lehre für ihn sein.

• Kandidatenausschreibung •

Schnefeld. In der Versammlung der Begewärteter des Bauamts I der Provinz Schleswig-Holstein am 14. März in Pinneberg wurde die Gründung einer Filiale beschlossen. Außer den 20 aus der Filiale Hamburg übertretenden Kollegen machten wir noch 10 Neuaufnahmen, so daß die neue Filiale 30 Mitglieder zählt.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. Die allgemeine Funktionärerversammlung am 12. März im großen Saal des Lehrervereinshauses war gleichzeitig eine Fester zu Ehren der Verbandsjubilare. Sie wurde mit einigen Liedern vom Berliner Sängerkorps eingeleitet. Kollege Dittmer hielt die Festrede, in der er die Entwicklung unserer Organisation seit ihrer Gründung schilderte. Er führte vor Augen, wie durch die ersten Versuche der städtischen Arbeiter, sich bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, der Grundstein zu unserer Organisation gelegt wurde, und wie gerade die Kollegen, die seinerzeit wegen Vertretung der Interessen der städtischen Arbeiter gemahnet wurden, jetzt an führenden Stellen in unserer Organisation tätig sind. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß ein großer Teil der Verbandespublikare diejenigen sind, die seinerzeit beim Aufbau der Organisation mitgewirkt haben. Er schloß mit dem Wunsch, daß unsere langjährigen Funktionäre, die unter den zu Ehrenden sitzen, noch lange der Organisation als Kerntruppe erhalten bleiben mögen. Nach der Festrede erfolgte die Verteilung der Diplome an 21 über 25 Jahre organisierte Verbandskollegen. — Dann referierte Kollege Müller über seine Reiseindrücke in Amerika. Er zeigte, welche grundsätzlichen Unterschiede zwischen Europa und Amerika bestehen, so daß ein Vergleich kaum möglich ist. Die amerikanische Wirtschaft hat sich ohne traditionelle Belastung entwickelt und eine Höhe erreicht, wie sie in Europa voraussichtlich in langer Zeit nicht erreicht werden kann. Er sprach über die Zusammensetzung und Einrichtung der dortigen gewerkschaftlichen Organisation und schilderte im besonderen die Einrichtung der Gas-, Wasser- und Kanalisationsbetriebe in den größeren Städten Amerikas. Der eindringliche Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Berlin. Die Tarifkommissionen der städtischen Werke und der Räumereibetriebe nahmen am 15. März Stellung zur Frage der Kündigung der bestehenden Lohnverträge zum 31. März. Gegen eine starke Widerpart wurde beschlossen, von der Kündigung der Lohnverträge Abstand zu nehmen. Einmütig wurde der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die zurzeit bestehenden Lohnverhältnisse ungenügend seien, daß die Löhne noch weit vom Stande der Reallohne des Jahres 1914 entfernt sind und daß in der letzten Zeit durch Preissteigerung, Erhöhung der Beiträge für Arbeitslosenversicherung usw. eine weitere Schwächung des Einkommens zu verzeichnen gemessen ist. — Starken Unmut und Entrüstung hat es in den Kreisen der städtischen Arbeiter ausgelöst, daß der Antrag auf Gewährung einer Wirtschaftsbeteiligung in gleicher Höhe wie für die Beamten, trotz mehrmaliger Annahme durch die Stadtverordnetenversammlung, vom Magistrat wiederholt abgelehnt wurde. Wenn trotzdem die Tarifkommissionen davon absehen, die Kündigung der Lohnverträgen zu beschließen, so war in erster Linie maßgebend die Rücksicht auf die Lage des Arbeitsmarktes und die Auffassung, daß es angesichts der großen Ausgaben, die die Stadt Berlin auf dem Gebiete der Fürsorge für die Arbeitslosen zu erfüllen hat, zweckmäßig sei, wenn im Augenblick von neuen Lohnforderungen Abstand genommen wird. Die Mitglieder der Tarifkommissionen waren sich darüber einig, daß bei einer Besserung auf dem Gebiete des Arbeitsmarktes und der dadurch bedingten Entlastung der Stadt, unverzüglich zu neuen Lohnverhandlungen geschritten werden muß.

Deffau. In der Versammlung vom 15. März berichtete Kollege Bertram über die neuen Arbeitsverordnungen, welche dem Magistrat seit einigen Wochen überreicht sind. Eine Aussprache fand über den 1. Mai statt. Die Versammlung beschloß einstimmig, den 1. Mai unter allen Umständen zu feiern. Der Betriebsrat wird beauftragt, beim Magistrat vorstellig zu werden und über den 1. Mai zu verhandeln. Kollege Schmecher-Frankfurt a. M. referierte über „Kämpfe in alter und neuer Zeit“.

Deßau. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 14. März referierte Kollege Wachtendorf über „Tarif- und Lohnpolitik der Arbeitnehmer der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe“. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Hannover. In einer stark besuchten Versammlung am 23. Februar nahmen die städtischen Arbeiter Stellung zu dem Artikel in Nr. 7 der „Gewerkschaft“, „Lohnpolitik, Wirtschaftskrise und A.B.Z. deutscher Gemeinden und Kommunalverbände“. Eingeladen waren die Stadtverordnetenfraktionen der SPD. und der KPD. Der ebenfalls eingeladenen, in der „Gewerkschaft“ angegriffene Oberbürgermeister Dr. Blau war nicht erschienen. Nach eingehender Aussprache wurde eine Resolution beschlossen, die sich scharf gegen die Lohnpolitik wendet, die Dr. Blau im „Magazin“ des A.B.Z. vertritt. Die Redner beider Fraktionen sagten zu, daß die Angelegenheit in

der Stadtverordnetenversammlung besprochen werden wird. — Die dann folgende Aussprache über die Betriebsräte wahlen führte zu dem Ergebnis, daß kein Verbandsmitglied auf einer gegnerischen Liste kandidieren darf. — Zur Frage der Fürstenauffindung fand eine Entschiedenheit Annahme, die sich für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten einsetzt.

Heuberg. Auf dem früheren Truppenübungsplatz Heuberg besteht nun seit 5 Jahren ein Kindererziehungsheim, um den unterernährten und kränklichen Kindern eine Erholung zu verschaffen. Leider sind die Arbeits- und Lohnbedingungen der dort beschäftigten Arbeitnehmer nicht die günstigsten. Wohl hat sich die Verwaltung vor 3 Jahren nach langen Bemühungen bereit erklärt, die jeweiligen Löhne der Reichsarbeiter zu bezahlen, aber die sozialen Erzeugnisse, wie Krankenlohn, Urlaub usw. sind auch heute noch nicht eingeführt. Dabei stehen sich die Leute schon deshalb schlechter als ihre Kollegen in den Reichsbetrieben, weil es ja nur Saisonarbeit ist, und im Winter die allermeisten arbeitslos sind. In der Generalversammlung vom 12. März referierte Kollege Jägle-Singen über den Kampf der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen um gerechte Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es sollen auch hier Schritte unternommen werden, damit eine gerechtere Bezahlung erreicht wird. Die Vorstandswahlen gaben folgendes Bild: Josef Rießler, Stetten a. L. M., Hardweg, als Vorsitzender; Josef Rießler, Stetten a. L. M., Liegertstraße, als Kassierer und Franz Raffe, Oberdorf, als Schriftführer. Auch auf dem Heuberg wird es nur möglich sein, bessere Verhältnisse zu schaffen, wenn jeder einzelne dafür sorgt, daß die noch Fernstehenden dem Verbände zugeführt werden.

Landshut. Der Landesarbeitgeberverband bayerischer Gemeinden und der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter trafen am 19. Dezember 1925 folgende Vereinbarung:

1. Die Arbeitnehmervertreter ziehen die unterm 18. Dezember 1925 eingereichten Entwürfe zurück. Es wird vereinbart, daß das bezügliche Lohnverbotkommen unterändert bis 1. April 1926 läuft. Wird das Lohnverbotkommen nicht ein Monat vorher gekündigt, so läuft es weiter und kann zum Ersten jeden Monats mit einmonatiger Frist gekündigt werden. In der Zwischenzeit werden von den Arbeitgeberparteien der Wirtschaftskreise keine Entwürfe auf Lohnverhöhung noch Entwürfe auf Herabsetzung der Ortslohnverhältnisse oder Ortslohnzulagen beim L.A.B. oder bei den einzelnen Mitgliedsstädten gestellt. — 2. Der L.A.B. empfiehlt den Mitgliedstädten den unter dem allgemeinen Tarif fallenden Arbeitern (Arbeitsräumen) eine Wirtschaftsbeteiligung zu gewähren, die einem Wohnlohn nach Frauen- und Kinderzulagen nicht übersteigen darf. Die Wohnzulage gilt das Produkt aus der Zahl der normalen Wochenarbeitsstunden und Tariflohn einschließlich etwaiger Ortszulagen. Sonstige Lohnzulagen, Schichtarbeiterzulagen, Überstundenzulagen usw. dürfen, auch wenn sie wesentlich niedriger sind, bei der Wirtschaftsbeteiligung nicht in Anschlag gebracht werden. Die Wirtschaftsbeteiligung wird nur jenen Arbeitern gegeben, die am 24. Dezember 1925 im Dienst waren und mindestens 3 Monate ununterbrochen beschäftigt sind. — 3. Das Angebotsrecht erfolgt ohne Anrechnung einer Rechtsfrist und unter der Voraussetzung, daß bei der nächsten Lohnverhandlung Schlussfolgerungen zugunsten der Arbeiter aus dieser freiwilligen Zuwendung nicht gezogen werden.

Der Stadtrat Landshut hat es verstanden, die Gewährung dieser Wirtschaftsbeteiligung in der Entscheidung hinauszuschieben, bis sie endlich in der Sitzung am 26. Februar 1926 die Ablehnung beschloß. Gewiß heißt die Vereinbarung nur eine Anpassung vor, und man möchte meinen, daß eine solche für eine Mitgliedschaft auch — wenigstens moralisch — bindend wäre, zumal die Verbände ihre Klagen zurückgezogen und sich ebenfalls bis 1. April 1926 gebunden haben. Die Gründe zur Ablehnung waren: 1. weil der Betrag 6000 M. ausmachte, 2. weil es eine Zurückschneidung für die Unterbeamten wäre und 3. weil die städtischen Arbeiter im Jahre 1926 8 Pfennig Lohnverhöhung erhalten haben, während die Beamten nichts erhielten. Laut Berechnung dürften kaum mehr als 100 städtische Tarifarbeiter vorhanden sein, die im Höchstfalle einen Durchschnittsmonatslohn von 30 M. verdienen. Das sind 3000 M. Wie der Referent zu 6000 M. gekommen ist, wäre interessant zu erfahren. Daß die Unterbeamten durch diese Wirtschaftsbeteiligung zurückgeholt werden könnten, ist Leuten, die die Dinge kennen, unverständlich. Unverständlich deshalb, weil den Unterbeamten eine Kostenausgabung von 40 M. und für jedes Kind weitere 3 M. gewährt wurde und weil der L.A.B. den Beamtenangehörigen der von den Verbänden immer hartnäckig verlangt wurde, einfach strikte abgelehnt hat. Wäre der Grund 2. Zurückschneidung der Unterbeamten, richtig, dann könnte man die Ablehnung des Beamtenangehörigen überhaupt nicht verstehen. Somit ist auch der dritte Einwand mit der Lohnverbesserung hinfällig; die Arbeiter, nicht die Beamten, sind zurückgeholt. So stehen die Dinge in Wirklichkeit. Man will entweder sparen oder man gönnt den Arbeitern diesen Betrag nicht. Für letztere Vermutung ist mehr Raum. Bezeichnend ist, daß eine Stadt wie Landshut, die noch dazu einen Vertreter in der Person des Stadtschulrates Simon in der Verwaltung des L.A.B. hat, zu einem solchen Beschluß kommt. Argemwo fehlt also der Einfluß oder der gute Wille. Eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter, die am 4. März 1926 tagte, hat eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Saargebiet. Die Frühjahrskonferenz unserer Organisation am 14. Februar in Böttlingen war zahlreich besucht. Der Geschäfts- und Kasienbericht des letzten Jahres zeigte die aufwärtsstrebende Linie unseres Verbandes im Saargebiet. In der Diskussion nahmen die Bildungsbestrebungen einen breiten Raum ein. Das Referat des Gauleiters H u n d zeigte die Entwicklung Deutschlands vom Agrarstaat zum Industriestaat. Die Konferenz wies mit aller Entschiedenheit die Angriffe der „Saarbrücker Zeitung“ auf die von der Stadt Saarbrücken gezahlten Arbeiterlöhne zurück. Der Geist der saarbrückischen Schwerindustrie zur Niederhaltung der Löhne wird heute auch bei den Symbi von Handwerk und Gewerbe lebendig. Die Löhne weiterer Berufsgruppen im Saargebiet sind längst als Hungerlöhne bekannt, mit denen es kaum möglich ist, das nackte Leben zu fristen. Die Not in weiten Arbeiterfamilien ist groß, dabei wird von den Trägern der heutigen Wirtschaftsordnung dauernd betont, daß die Hebung des Inlandsmarktes, die Steigerung des Verbrauches aller Bedarfsartikel erste Vorbedingung der Warenproduktion ist. Wie aber soll eine Steigerung des Konsums erreicht werden, wenn bei den Inhabern der Produktionsmittel völlig unzureichende Löhne der Weisheit letzter Schluß ist? Die jüngst eingeführten Verbesserungen des bisherigen Krankentages der städtischen Arbeiter von Saarbrücken sind im Reiche seit Jahren mit dem Reichsarbeiterverband der Gemeinden und Kommunalverbände tariflich festgelegt, ohne daß die erwähnte Neigung zum Krankfeiern besonders in Erscheinung trat. So zahlt die Stadt Hamburg (einschließlich des Krankengeldes der Ortskrankenkasse) bis zu 90 Proz. des verdienten Lohnes als Krankengeldzuschuß, während die Stadt Saarbrücken bei gleicher Voraussetzung 80 Proz. bezahlt und eine ganze Anzahl kleiner Kommunen des Saargebietes längst bis zu 70 Proz. bezahlt haben. Also, nur keine Aufregung, im Saargebiet kommen Verbesserungen in sozialer Hinsicht immer später zur Einführung als in unserem Mutterlande Deutschland und die Arbeiterchaft des Saargebietes fühlt sich nicht nur politisch mit dem alten Vaterlande verbunden, sondern auch sozial. Die Kommunalarbeiterchaft wird die Schreibweise der Saarbrückerin ganz besonders zu ihren Akten nehmen und sich ihrer auch noch bei späteren Zeiten erinnern.

Sigmaringen. In der öffentlichen Versammlung der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen am 2. März referierte Kollege J ä k e - S i n g e n a. H. über die Lage der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben. Die rege Diskussion zeigte, daß eine Besserung auch in Sigmaringen dringend notwendig ist. In nächster Zeit sollen weitere Schritte unternommen werden, um auch hier eine leistungsfähige Organisation ins Leben zu rufen.

Wuzen. In der Mitgliederversammlung am 26. Februar 1926 gab Kollege R i t s c h einen ausführlichen Bericht von der Konferenz der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeiter in Leipzig. Er machte dann noch einige Ausführungen über die Generalversammlung des Ortsausschusses der freien Gewerkschaften. Dem Beschluß des selbst über die Abführung von 50 Proz. der Beiträge an den Ortsausschuß, des vierten Quartals jedes Jahres für die Bibliothek stimmte man zu. Dann folgte ein Bericht über den Stand der Ruheordnungsfrage. Die Versammlung nahm Kenntnis davon und mißbilligte die Stellungnahme der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit, das Fehlen von zwei Kommunisten. Weiter brachte die Versammlung zum Ausdruck, dahin zu wirken, daß jeder Kollege sich an unseren Versammlungen beteiligt.

Verbit in Anhalt. In der gut besuchten Mitgliederversammlung am 16. März referierte Kollege S c h m e g e r - F r a n k f u r t a. M. über „Kämpfe in alter und neuer Zeit“. Nach Erledigung des übrigen gewerkschaftlichen Teiles erwähnte Kollege S c h m i d t zum regen Versammlungsbesuch. In der anschließenden Betriebsversammlung der Gemeinbearbeiter wurde Stellung zur Betriebsratswahl genommen. Es wurden die Kollegen J a l l e n b e r g, S c h m i d t, T h i e l e, P ö t s c h und B a n n i e r in Vorschlag gebracht.

• **Rundschau** •

Ein Museum für Leibesübungen in Berlin. Im Apothekenflügel des Schlosses in Berlin, hoch oben im letzten Stockwerk wird ein großes Werk im Interesse des Sportes vorbereitet. Alte Treppen mit dünnem Geländer führen um einen Lichtschach herum in die Höhe, vorbei an der „Schloßbibliothek“ und an einem Platz für den Posten am Eingang zum Schweizersaal“. Trotz Revolution und Wohnungsaufgabe durch den letzten Hausinhaber, trotz Verwahrung durch eine republikanische Behörde befällt hier den Besucher immer noch die Stille alter Säulen und Schloßtürme mit ihrem Herrlicher- und Schranzentum. In diesem Milieu hat sich die Geschäftsstelle des „Museums für Leibesübungen“ aufgetan. Hat hier der Zufall ein nettes Spiel getrieben? Gebäude, Treppen, Türschilder sind noch Zeugen vergangener Zeiten. Das neue, im Entstehen begriffene Museum aber ist der Geist des Neuen, Werden. Den Grundstock des Museums bilden die Sammlungen des Sporthistorikers Windt. Durch seine Bemühungen ist es gelungen, die großen Sportverbände, darunter auch die Zentralkommission für Sport und Körperpflege, für das Unternehmen zu interessieren.

Am Juli vorigen Jahres hat sich ein Verein „Museum für Leibesübungen“ gebildet. Der preussische Staat hat sich insofern einen gewissen Einfluß gesichert, als er sähungsgemäß den ersten Vorsitzenden zu ernennen hat. In einem Rundschreiben wandte sich der Wohlfahrtsminister an die Regierungsstellen und ersuchte um weitgehende Unterstützung der Bestrebungen des Vereins. Der Minister sagte in seinem Erlaß: „Gelingt es, die Sammlungen des Vereins so zu gestalten und auszubauen, daß sie einen wirklichen Ueberblick über die gesamte Entwicklung der Leibesübungen und der zu ihrer Pflege dienenden Hilfsmittel gewähren, so werden aus ihnen nicht nur die Sportler, Turner und Wanderer selbst, sowie ihre Förderer, die staatlichen und kommunalen Behörden, Anregungen schöpfen können, sondern es wird überhaupt das Interesse an den Leibesübungen im Volke stark gefördert werden. Hiernach scheint es erwünscht, die Mitgliederwerbung des Vereins zu unterstützen, sowie seinen Sammlungen geeignete Stücke, z. B. Modelle, Zeichnungen, Pläne von Turn- und Sportplätzen, Lichtbilder vom Betrieb der Leibesübungen in den einzelnen Städten, auf Turnen, Sport, Spiel usw. bezügliche Kunstgegenstände und Geräte, Bücher und Schriften, Reproduktionen, Abgüsse, Doppelstücke, Preise, Plaketten, Ehrenurkunden, statistisches Material, Ailenmaterial und dergleichen zur Verfügung zu stellen.“ Die Stadt Berlin ist durch den Direktor des Jugendamtes, Obermagistratsrat Häußler, im Vorstand vertreten. Danach ist also die Unterstützung der Behörden gesichert. Das Finanzministerium hat der Geschäftsstelle Räume des früheren Schlosses zur Verfügung gestellt, in denen gegenwärtig die vorbereitenden Arbeiten erledigt werden und später das Museum errichtet wird. Für die Fortentwicklung der Leibesübungen in jeder Form wird das Museum, opferwillige Mitarbeit aller Beteiligten vorausgesetzt, von größtem Wert sein. An dem antiken und modernen Ausstellungsmaterial werden unsere Sportler studieren und lernen können. Sie werden die Grundzüge der Sportklassiker Griechenlands, wie auch die Methoden moderner Sportvölker kennen lernen und auf ihre Brauchbarkeit für unseren Sportbetrieb prüfen.

Gewerbehygienischer Vortragskurs in Breslau. Im Rahmen ihrer vierteljährlich in den wichtigsten deutschen Industriestädten stattfindenden Ausbildungskurse für Beamte, Ärzte, Betriebsleiter, Sozialangestellte und alle Personen, die sich wissenschaftlich oder praktisch mit den Fragen der gewerblichen Hygiene und Unfallverhütung befassen, veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene vom 19. bis 23. April in Breslau für das schlesische Industriegebiet einen gewerbehygienischen Vortragskursus. Es werden insbesondere behandelt: Allgemeine Fragen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung, gewerbliche Bergstätten, Hauskonditionen, Hygiene und Unfallverhütung im Bergbau und Hüttenwesen und in anderen wichtigen schlesischen Industriezweigen, Atemschutz und Gaschutzgeräte, Heizung und Lüftung gewerblicher Betriebe und erste Hilfe bei Unfällen. Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Frankfurt a. M., Viktoriaallee 9. — Folgendes Programm ist vorgesehen:

Montag, den 19. April: 1. Was muß der Arzt, der Unternehmer und der Arbeiter von der neuen Verordnung über die Einweisung der Berufskrankheiten in die Unfallversicherung wissen? Referent: Prof. Dr. C u s c h m a n n, Witten. — 2. Grundlagen, Wege und Ziele der Unfallverhütung. Referent: Geheimrat Dr. R i t t e r, Weidam. — 3. Berufskrankheiten im Bergbau und Hüttenwesen. Referent: Oberbergamt Weber, Breslau.

Dienstag, den 20. April: 1. Die gewerbliche Arbeiterversicherung. Referent: Professor Dr. R e i c h b a c h, Dresden. — 2. Die erste Hilfe bei Unfällen in gewerblichen Betrieben. Referent: Gewerbeamtlichrat Dr. R e u m a n n, Breslau. — 3. Das Unfallversicherungsgesetz. Referent: E. S c h i n d l e r, Breslau, technischer Aufsichtsdameer der Schmelzen Eisen- und Stahlwerke in Gelsenkirchen. — 4. Unfallverhütung in Amerika. Referent: Gewerbeamtlichrat a. D. R i c h e l s, Berlin.

Mittwoch, den 21. April: 1. Gesundheits- und Unfallfragen der Textilindustrie, insbesondere der schlesischen Leinwandindustrie und ihre Bedeutung. Referent: Gewerbeamtlichrat v. O b e r b e r g, Waldenburg. — 2. Berufskrankheiten in der Steinindustrie und ihre Verhütung. Referent: Spielmann, Breslau, technischer Aufsichtsdameer der Zettern VIII der Steinbrüche-Verbandsorganisation. — 3. Gewerbeübliche Hauskonditionen und ihre Verhütung. Referent: Professor Dr. C h a j e s, Berlin. — 4. Heizung und Gaschutzgeräte. Referent: Dipl. Ing. W o l l i n, Berlin.

Donnerstag, den 22. April: 1. Unfallverhütung in der Landwirtschaft. Referent: ein Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. — 2. Unglücksfälle und Verletzungsursachen. Referent: Dr. R i c h a e l, Dresden. — 3. Gefahren der Glanzindustrie und ihre Verhütung. Referent: Gewerbeamtlichrat R i n k m a n n, Gollig. — 4. Heizung und Lüftung gewerblicher Arbeitsräume. Referent: Oberregierungs- und Gewerbeamtlichrat W e n z e l, Berlin.

Freitag, den 23. April: Festkündigung industrieller Betriebe.

Breslau: An Redaktionsbesprechung der Gewerbe- u. Industrieamtliche R. A. M. u. n. t. n. e. r. Besantwortl. Redakteur Emil Dittmer, beide Berlin 20. 33. Etschke Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Willelm Liebnicht. Ein Bild der deutschen Arbeiterbewegung. 1900 - 29. März - 1928. Von Walter Marx, Großkass., gut sortiert; mit 116 Abb. Liebnicht, Umfang 3 Bogen, Preis 1 M. C. Laubische Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Berlin 23. 30.

Als Ergänzung zu unserem heutigen Artikel über Wilhelm Liebnicht in diese Zeitschrift allen Lesern aufs beste zu empfehlen.

Jede(r) Schlichter entnehmen wir bei jeder erleuchteten, außerordentlich reichhaltigen Nr. 12 des republikanischen Wochenblattes "Laden Platz" (erscheint jeden Freitag. In haben in jeder Volksbuchhandlung und bei dem Voren dieser Zeitung. Preis 20 Pf.). Eine Sichtungsgesellschaft hat ein Uweimilieuhaus fertiggestellt und es soll nur noch einbezogen werden, so im Keller des Hauses ein gemeinsames Bad für beide Parteien eingerichtet werden soll oder nicht. Diese selbst sollen entstehen, weil wegen der Vorstand der Gesellschaft die zu ihm Mittel. Es erheben die beiden Parteien. Die eine ist effizient für das Bad, die andere etwas hartnäckig dagegen. Eine Einigung ist nicht möglich und die reichhaltigste der beiden verläßt enttäuscht das Lokal. Der Vorstand beschloß nochmals bei zurückbleibenden anderen die logischen Vorzüge eines Bades zu schildern. "Das mit der Dignität ist schon richtig", war die Antwort, "aber Sie werden mir, wo doch mein Mann in Gehaltsklasse 8 ist, nicht erlauben, mit Leuten aus der Gruppe 6 in der gleichen Klasse zu baden." - James Klein, Direktor der "Romischen Oper", deren Reue er zur Moskauer Schloßbau hinanstrichelt hat, nennt sein wichtiges Werk "Berlin ohne Hund". - Auch die naturliche Metropole und Hauptstadt der deutschen Republik noch mehr hergestellt werden?

Elektrotechnik für alle. Von Hanns Günther. 600 Seiten, 746 Bilder. Ausführliche, vollständige Darstellung. In Ganzl. 18 M., Schm. fr. 22.50, geb. 11 M., Schm. fr. 13.75.

Die Elektrizität dehnt sich mit Riesenschritten über Stadt und Land aus, sie ist jetzt Gemeingut aller. Jeder braucht daher das nötige elektrotechnische Wissen, wenn er nicht vielen Dingen des täglichen Lebens in- und außerhalb seines Hauses hilflos und verunsichert gegenüberstehen will. Hanns Günther, der bekannte Fachmann, hat nun in der neuen Auflage seines vollständigen Werkes "Elektrotechnik für alle", das schon im 38. bis 41. Tausend erscheint, das Wesen der Elektrizität nähergelegt. Sein Leitgedanke ist: So zu schreiben, daß jeder es versteht. Er macht jedem die Sache ganz einfach, so daß an Stelle mühseligen Studiums die ganzfreie Beherrschung des "Brenns im Spiel" tritt. Die beste Empfehlung für Hanns Günther ist nicht zuletzt der Umstand, daß seine Bücher schon in ungefähr 600 000 Exemplaren vertrieben sind. Die neue Auflage der "Elektrotechnik für alle" hat jetzt 22 Bogen, jetzt 37 Bogen und hat früher 600 Illustrationen jetzt 746 Bilder, dabei ist das schöne Werk auf hochwertigem farben Papier gedruckt, mit mehrfarbigem Schuppenstich ausgestattet und in vornehmen Industriellen-Ganzleinenband gebunden. Ein ausführliches Schlagsortverzeichnis ermöglicht ein schnelles Nachschlagen und Auffinden jeder gewünschten Stelle. Das Werk ist im Verlag Dietz u. Co., Stuttgart, erschienen und kostet gebunden 18 M., 22.50 Schm. fr.; gebunden 11 M., 13.75 Schm. fr. Das Buch ist von Jung und alt hoch geschätzt und die gebildeten Kreise der Elektrizität wärmt dankbar. Hier kann gründliches technisches Wissen erworben werden. Alle Wissenschaftler, alle technisch Interessierten und nicht zuletzt unsere Jugend sollte sich mit diesem Buch befassen. Unseren Schulbibliotheken ist besonders in Rücksicht auf die Erteilung "G.-L.-B.-Bücher" die Anschaffung dringend zu empfehlen. Es ist auch über unsere Abteilung "Schriften und Bücher" zu beziehen.

Was ist die "Vorkommnis"? Ein-Schraub zum Vorkommnis. 1928. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 70 Pf., Organisationspreis 20 Pf.

Dieses Buch bringt wohl das beste und interessanteste Material, was gegenüber den sonstigen Darstellungen der deutschen Arbeiterbewegung auf das deutsche Volk zu kommen hat. Sie müßte allen denen in die Hand gegeben werden, die auch heute noch nicht erkennen haben, welche Werte dem deutschen Volkserbe verlorene, wenn der abgehandelt

Monarchen und deren Familien auch nur ein Bruchteil von ihren Ansprüchen bewilligt würde, die sich zum größten Teil auf in Zeiten des unbeschränkten Absolutismus unerschwinglich angelegener Objekte beziehen. Es gibt kein besseres Werbemittel für die entschuldigungslose Entzweiung der Fürsten. Das Volksbuch ist perfekt. Nun kommt der endgültige Volksentscheid, da gilt es, die Kräfte weiter aufzufüllen. Dazu liefert die Broschüre das beste Material.

Begleitungsarbeiten deutscher Wirtschaftspolitik. Berlin 1928. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 1 M., Organisationspreis 75 Pf.

Das Wirtschaftsprogramm der deutschen Gewerkschaften, das als Denkschrift der Einheitsverbände gegen die Denkschrift der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände von sich reden machte, ist nunmehr auch durch diese Broschüre der breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Die Denkschrift verfolgt den Zweck, allen für die deutsche Wirtschaft und die deutsche Politik verantwortlichen Stellen Wege zu weisen, auf denen die Gesundung der deutschen Wirtschaft beschleunigt und gefördert werden kann. Sie vertritt deshalb auch das Interesse der breiten Öffentlichkeit.

Class Over-Conditioning. Übersichten. Ein Beitrag zur Erziehung der Eltern. (Dresden, G. Bahr.) geb. 3.20 M., geb. 4.20 M. Die belagerte Schöpfung in der Mutterchaftslehre und Verfasserin suchter auf lebensreformistischen Grundlagen beruhender, weit verbreiteter Werke über Mutterchaft und Haushaltungswissenschaft hat in ihrem neuesten Buche ein Werk ganz eigener Art. Wichtiges als die Erziehung des Kindes zu predigen, erscheint es ihr, erst die Eltern aufzuklären über eigene Verfassungsverhältnisse, die oft lange vor der Geburt ihrer Kinder liegen, aber auch solche, die sie an den Kindern selbst begreifen, beobachten, mit denen sie diesen durch unendlich verurteilte Leiden die Kindheit gestalten, Verfassungsverhältnisse, die sowohl positiver als negativer, physischer als moralischer Natur sein können. Durchdrungen von den Lehren der modernen Pädagogik, der Individualpsychologie und der psychologischen Betrachtungsweise wendet die Verfasserin diese auf die Säuglingszeit an. In gleicher Weise tritt sie für eine Erziehung nach den Grundfähigkeiten der neueren Ernährungsforschung ein. Die Kinder sollen nicht mehr ein Ergebnis des Zufalls und der Unwissenheit ihrer Eltern sein. Erziehung der Eltern ist der Zweck dieses Buches, dessen wichtigste Kapitel u. a. Verantwortlichkeit der Gattenwahl, vorgerichtliche Elternsünden, die größte mütterliche Unterlassungssünde, sexologische Fehler, das gesunde Kind, und Ernährungssünden sind.

Technische Fachbücher. Die Hauptgebiete der Technik in grandlegenden Einzelabhandlungen. Herausgegeben von Dipl.-Ing. Arnold Meyer. G. B. Kreibitz Verlag, München 27. Preis jedes Bandes 2.25 M.

Die Sammlung will eine seit langem empfundene Lücke ausfüllen. Diese besteht darin, daß die vorhandenen Bücher entweder für Facharbeiter, Monteur, Werkmeister, Techniker usw. bei weitem zu abstrakter Darstellung und ein Kennwissen voraussetzen und daher unverständlich bleiben, oder mehr als Unterhaltungslehre gedacht sind und dem gründlichen Verständnis fehlenden Leser nicht genügen. Demgegenüber will die neue Sammlung, auf Volkshochschulbildung jenseit, grundlegende technisch-naturwissenschaftliche Kenntnisse anschaulich vermitteln und ihre systematische Anordnung lehren. Das eine wird erreicht durch weitgehende, gründlich-litendliche Ausführlichkeit unter Vermählung aller Fachschaften, das andere durch Fachbeispiele, eine große Anzahl von Aufgaben und deren ausführliche Durchrechnung. Die über das gewöhnliche Rechnen hinausgehenden mathematischen sowie die sonst anderen Fähigkeiten benötigten Kenntnisse werden nicht vorausgesetzt, sondern in die Darstellung hineingearbeitet, so daß der Leser bei Erörterungen ohne Kenntnis anderer Dinge folgen kann.

Die Schizophrenie im Alter. Von Dr. Theodor Gecorius. Sanja-Bücher, Band 8. Meiner-Verlag. Preis gebunden 3 M.

Das von dem Verfasser aus 17jähriger klinischer Erfahrung heraus bei Schizophrenen und Verwundungen, kommt es oft auf den Altersverlauf an.

Katarhe Asthma
Jeder dankt mich!
Ansch. 100. Rückporto
Karl Schulze, P.
Wuppertal - E. Nr. 20

NEU!!
erste Rosenarten
Verzeichnis frei
F. Meyer, Prindorf
b. Pilsberg (Holl.)

Fahrräder
mit guter Bauweise
Ansch. 100. Rückporto
100. - M.
Verlangen Sie hier die
neue und beste
Katalog!
Bücherei Zahlungen
erleichtert.
Gehr. Schramm
Berlin 913
An Alsterstraße 8

Billige bismische Bettfedern!
Ein kg. graue, geschl. M. 2.-
haburel M. 4.-, wolle M. 4.-
bism M. 6.-, dänische M. 8.-
14.-, wolle geschl. M. 7.50
15.50, best. Sorte M. 11.- Ver- und
portofrei sollfrei gegen Nachn.
Musier frei, Umtauscht u. Rücknahme gestattet.
Recepit! Schöner, 1. obes Nr. 204. D. Pilsen, Böhmen.

**Keinste Menschen
von Kraft und Smaelz
gibt Dr. Häbners Lebensjag!**
34. April 1. - M. in Apotheken u. Drogerien

Erfurter Samen
an Qualität unverrät und überaus begehrt, beziehen
Sie sehr preiswert durch uns.
Sortiment: 10 Pfd. Saatkartoffeln, 14. Klasse a 20 Sorten
der begehrtet Gemüsesamen nur 1.75 M.
Saatkartoffeln: Juli-Nieren, früheste 10 Pfd. 1.25 M.
10 Pfd. 2. u. 3. M. 1.25 M.

Walker & Co., Erfurt C 9, Saale.
Verlangen Sie Preisliste kostenlos!

Flüßchenfrühen
Harmonika, Sprechapparate-Fabrikation. Niedrigste
Fabrikpreise. Schallplatten M. 1.-. Erste Holz, Nachh.,
gogr. 1872, Klingenthal, Sa. 188. Großer Katalog gratis.

Schmeckt Ihr Pfeifchen?



Richt vollkommen?
 Sie fragen sich darüber, daß der Tabak durch den Speichel
 nach wird, nicht bis zum letzten Rest aufgeräumt werden kann
 und dadurch das Pfeifenrauchen verteuert. Der unangenehme
 Nikotinrest zieht oft in den Mund zurück, was zur Befäulnis
 der Zähne (Raucherbelag) führt und oft Magenbeschwerden bereitet. Der Rauch kommt
 nicht auf die Zunge, wodurch das Aroma des Tabaks wesentlich beeinträchtigt ist.

Diese Uebel beseitigt meine neue Rillenpfeife (DROSE).
 Richtiges Rauchen ohne Brennen auf der Zunge.
 Erhöhtes Rauchen durch Absonderung von Speichel und Nikotin in einem Behälter.
 Gesundes Rauchen durch Abföderung des im Tabak enthaltenen wässrigen (Nikotin).
 Billiges Rauchen weil auch das letzte Zigarettenstück au geraucht wird.

Kaus garantiert fehlerfreies Bruchrohr mit bester Hornpfeife hergestellt, wird Ihnen
 die Pfeife in Folge ihrer schönen gebräunten Färbung und tadellosen Ausstattung große
 Freude bereiten.

Viele passionierte Pfeiferaucher wie auch Anfänger beschäftigen in Anerkennung-
 schreibern die guten Vorzüge dieser Bruchpfeife.

Drei Formen und Größen sind lieferbar:
 Nr. 1 gebogen (Rohrhöhe ca. 5 1/2 cm, Gef.-Länge 10 1/2 cm) MARK 5.-
 Nr. 2 gebogen (Rohrhöhe ca. 4 1/2 cm, Gef.-Länge 14 1/2 cm) MARK 4.-
 Nr. 3 gerade, schräger Kopf (Rohrhöhe ca. 5 cm, Gef.-Länge 10 cm) MARK 4.-
 Nr. 4 gerade, wie Abbildung (Rohrhöhe ca. 4 1/2 cm, Gef.-Länge 12 1/2 cm) MARK 3.-

Preise pro Stück. — Jeder Pfeife liegt Garantiechein bei. — Mit Bedarf 20 Stk. mehr.
 Versand erfolgt gegen Rücknahme kostenfrei. — Nichtgekauftes wird
 anstandslos umgetauscht.



E. Klaus, München 50
 Implerstraße 38

Arcona-Räder
 Hundert L. II. u. d. III. Preise
 Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!
 100000 km im Gebrauch!

Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den ähnesten u.
 schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**
 Verlangen Sie Katalog gratis und franko

Ernst Machnow BERLIN C 64
 Weinmetzstr. 14

Verblüffend billig ist die Teilnahme am
 Rundfunk

Für 10.- Mark monatliche Miete
 Eine komplett ausrüstete Radiostation inkl. Sahabörer
 einschli. Antenne u. kostenl. Überwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.

Sprechmaschinen edel edel inkl. Platten und Nachsch.
 zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen

12 Schallplatten in elegantem Album.
 Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3,75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00

Unverbindliche Vorführung - W. Untend.-r. 2. (Laden) S 42, Ritterstr. 11 (HO.)
 Geöffnet täglich von 8-7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. B. H.,
 Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

„Die Gewerkschaft“

auf gutem ff. Papier gedruckt und dauerhaft in Ganzleinen
 gebunden, Titel und Rückenmittel in schwarzem Prägedruck

kostet nur 4,25 Mark.

„Die Gewerkschaft“ gehört in jede Bibliothek!

Zu beziehen von der
Expedition „Die Gewerkschaft“, Berlin SO 33
 Schlefische Straße 42

Qualitäts - Instrumente

aller Art
 Schallplatten
 Reichste
 Auswahl
 Katalog
 gratis

Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kreuzstr. 12

Was sich jeder wünscht!

„Die mollige Ecke
 im eigenen Heim“
 kann sich heut
 dank molcom
 Teilzahlungssystem
 auch der bescheidenste
 Haushalt leisten

Beamte ohne Anzahlung Möbelle-Raten - Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel

Verlangen Sie Prospekt o.og B. o. 1. Vertreterbesuch
 Ausste lunge-Summe ohne Kontowang geöfn. 9-7 Uhr
DEUTSCHE HEIMKUNST
 Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbelfabrikation.
 Berlin, Anncstr. 41, a. d. alten Jakobstraße :: Tel.: Moritzpt. 4663

HERREN-ARTIKEL
Max Becker
 Berlin, Turmstr. 30 (am Arnimsp.)
 Bekanntes Spezialgeschäft
 für Handschuhe, Kraw- 5%,
 watten, Hüte usw. zu 5%,
 ekant billi-Preisen.

Schriften zur Aufklärung u. Weiterbildung

soeben erschienen
 Heft 21.

**Die Unfallgefahren des Krankenpflegepersonals
 und die Unfallversicherungsgesetzgebung**

Auf Grund des von der Reichssekktion Gesundheitswesen
 gesammelten Materials bearbeitet von Oskar Kurpat.
Preis 0,75 Mark, für Verbandsmitglieder 0,40 Mark
 Bestellungen, die in der Reihenfolge ihres Einrages erledigt
 werden sind zu richten an

Abteilung Bücher und Schriften, Verband der Gewerkschaft- und Staatsarbeiter
 Berlin SO 33, Schlessische Straße 42
 Postfachkonto: Berlin NW 7 Nr. 7422

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich,
 wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit
 Beihilfe einer französischen Zeitung.
 Dazu eignet sich ganz besonders der
 vorzüglich redigierte u. bestempfohlene

Le Traducteur

**Französisch-deutsches Sprach-
 lehr- und Unterhaltungsblatt.**

Probenummer kostenlos durch den Verlag des
„Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds
 (Schweiz)

Stud.: Sowjette, S. 100-101 und 102. 103-104. 105-106. 107-108. 109-110. 111-112. 113-114. 115-116. 117-118. 119-120. 121-122. 123-124. 125-126. 127-128. 129-130. 131-132. 133-134. 135-136. 137-138. 139-140. 141-142. 143-144. 145-146. 147-148. 149-150. 151-152. 153-154. 155-156. 157-158. 159-160. 161-162. 163-164. 165-166. 167-168. 169-170. 171-172. 173-174. 175-176. 177-178. 179-180. 181-182. 183-184. 185-186. 187-188. 189-190. 191-192. 193-194. 195-196. 197-198. 199-200. 201-202. 203-204. 205-206. 207-208. 209-210. 211-212. 213-214. 215-216. 217-218. 219-220. 221-222. 223-224. 225-226. 227-228. 229-230. 231-232. 233-234. 235-236. 237-238. 239-240. 241-242. 243-244. 245-246. 247-248. 249-250. 251-252. 253-254. 255-256. 257-258. 259-260. 261-262. 263-264. 265-266. 267-268. 269-270. 271-272. 273-274. 275-276. 277-278. 279-280. 281-282. 283-284. 285-286. 287-288. 289-290. 291-292. 293-294. 295-296. 297-298. 299-300. 301-302. 303-304. 305-306. 307-308. 309-310. 311-312. 313-314. 315-316. 317-318. 319-320. 321-322. 323-324. 325-326. 327-328. 329-330. 331-332. 333-334. 335-336. 337-338. 339-340. 341-342. 343-344. 345-346. 347-348. 349-350. 351-352. 353-354. 355-356. 357-358. 359-360. 361-362. 363-364. 365-366. 367-368. 369-370. 371-372. 373-374. 375-376. 377-378. 379-380. 381-382. 383-384. 385-386. 387-388. 389-390. 391-392. 393-394. 395-396. 397-398. 399-400. 401-402. 403-404. 405-406. 407-408. 409-410. 411-412. 413-414. 415-416. 417-418. 419-420. 421-422. 423-424. 425-426. 427-428. 429-430. 431-432. 433-434. 435-436. 437-438. 439-440. 441-442. 443-444. 445-446. 447-448. 449-450. 451-452. 453-454. 455-456. 457-458. 459-460. 461-462. 463-464. 465-466. 467-468. 469-470. 471-472. 473-474. 475-476. 477-478. 479-480. 481-482. 483-484. 485-486. 487-488. 489-490. 491-492. 493-494. 495-496. 497-498. 499-500. 501-502. 503-504. 505-506. 507-508. 509-510. 511-512. 513-514. 515-516. 517-518. 519-520. 521-522. 523-524. 525-526. 527-528. 529-530. 531-532. 533-534. 535-536. 537-538. 539-540. 541-542. 543-544. 545-546. 547-548. 549-550. 551-552. 553-554. 555-556. 557-558. 559-560. 561-562. 563-564. 565-566. 567-568. 569-570. 571-572. 573-574. 575-576. 577-578. 579-580. 581-582. 583-584. 585-586. 587-588. 589-590. 591-592. 593-594. 595-596. 597-598. 599-600. 601-602. 603-604. 605-606. 607-608. 609-610. 611-612. 613-614. 615-616. 617-618. 619-620. 621-622. 623-624. 625-626. 627-628. 629-630. 631-632. 633-634. 635-636. 637-638. 639-640. 641-642. 643-644. 645-646. 647-648. 649-650. 651-652. 653-654. 655-656. 657-658. 659-660. 661-662. 663-664. 665-666. 667-668. 669-670. 671-672. 673-674. 675-676. 677-678. 679-680. 681-682. 683-684. 685-686. 687-688. 689-690. 691-692. 693-694. 695-696. 697-698. 699-700. 701-702. 703-704. 705-706. 707-708. 709-710. 711-712. 713-714. 715-716. 717-718. 719-720. 721-722. 723-724. 725-726. 727-728. 729-730. 731-732. 733-734. 735-736. 737-738. 739-740. 741-742. 743-744. 745-746. 747-748. 749-750. 751-752. 753-754. 755-756. 757-758. 759-760. 761-762. 763-764. 765-766. 767-768. 769-770. 771-772. 773-774. 775-776. 777-778. 779-780. 781-782. 783-784. 785-786. 787-788. 789-790. 791-792. 793-794. 795-796. 797-798. 799-800. 801-802. 803-804. 805-806. 807-808. 809-810. 811-812. 813-814. 815-816. 817-818. 819-820. 821-822. 823-824. 825-826. 827-828. 829-830. 831-832. 833-834. 835-836. 837-838. 839-840. 841-842. 843-844. 845-846. 847-848. 849-850. 851-852. 853-854. 855-856. 857-858. 859-860. 861-862. 863-864. 865-866. 867-868. 869-870. 871-872. 873-874. 875-876. 877-878. 879-880. 881-882. 883-884. 885-886. 887-888. 889-890. 891-892. 893-894. 895-896. 897-898. 899-900. 901-902. 903-904. 905-906. 907-908. 909-910. 911-912. 913-914. 915-916. 917-918. 919-920. 921-922. 923-924. 925-926. 927-928. 929-930. 931-932. 933-934. 935-936. 937-938. 939-940. 941-942. 943-944. 945-946. 947-948. 949-950. 951-952. 953-954. 955-956. 957-958. 959-960. 961-962. 963-964. 965-966. 967-968. 969-970. 971-972. 973-974. 975-976. 977-978. 979-980. 981-982. 983-984. 985-986. 987-988. 989-990. 991-992. 993-994. 995-996. 997-998. 999-1000.